

GRAPHISCHE PRESSE

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT-UND KUPFERDRUCKER, FORMSTECHE, TAPETEN-U. WACHSTUCHDRUCKER U. VERW. BERUFE.

Abonnement. Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementpreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Ztg.-Katalog Nr. 3673.) Für die Länder des Weltpostvereins 1,25 Mk.

Redaktion: Paul Barthele, Friedrichshagen-Berlin, Viktorienstraße 25. Verlag: Otto Sillier, Berlin N. 28, Telephone: Amt Norden, 5246. Druck u. Expedition: Conrad Müller, Schenkenditz, Augustastr. 8 - Redaktionsschluß: Montag.

Insertion. Für die viergespaltene Feilzeile oder deren Raum 30 Pfg. bei Wiederholung Rabatt. Für Verlagsanfertiger sowie Verzeitsanzeigen 16 Pfg. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft.

Inhalt:

Hauptteil: Bekanntmachungen. Kapitalistische Schmarotzerpflanzen. Rundschau. Soziale Monatschau. Machtansprüche der Herrenmenschen, II. Mehr Würdigung der gewerkschaftlichen Arbeit. Adressen-Änderungen. **Allgemeines:** Das müde gewordene Ausland. Das Urheberrecht an Generalstabkarten. Gautag in Lahr i. B. Ortsberichte: Hechingen, Saalfeld. — **Der Lithograph:** Die graph. Zeichner und das Versicherungsgesetz für Angestellte. Aus den Sektionen: Dresden. — **Die Tapetenbranche:** Eine Frage der Zeit. — **Feuilleton:** Vom Büchertisch. — **Anzeigen** (mit Totenliste).

Bekanntmachungen.

Lithographen, Achtung!

Dresden. Die Privatlithographien von Werner & Bader und von Schluckwerder, Paxmann & Rump sind streng gesperrt. Näheres ist aus dem Bericht aus Dresden im Lithographenteil dieser Nr. zu ersehen.

Folgende Mitgliedsbücher

sind verloren gegangen, bzw. gestohlen worden:
Nr. 20088 Eduard Kröpsch, Steindruckr.,
" 8748 Karl Bohne, "
" 31070 Friedrich Helmig, "
Sollten diese Bücher irgendwo vorgezeigt werden, so wolle man sie einziehen und an uns einsenden. Die Vorzeiger der Bücher aber wolle man darüber befragen, wie sie in den Besitz derselben gekommen sind, auch wolle man Name und Adresse der Vorzeiger feststellen. Der Hauptvorstand.

Alle an den Zentral-Ausschuß zu richtenden Beschwerden und sonstige Zuschriften sind nur an den Vorsitzenden
Richard Hickmann, Dresden 28, Rabenauerstr. 25/II zu adressieren. Der Zentral-Ausschuß.

Kapitalistische Schmarotzerpflanzen.

Bekanntlich finden wir überall in der belebten Natur Lebewesen, die sich nicht durch eigene Kraft ernähren, sondern ihre Nahrung dadurch gewinnen, daß sie fremde Lebewesen aussaugen. Diese Schmarotzer beobachten wir an Pflanzen, Tieren und Menschen, und alle Organismen führen einen fortwährenden erbitterten Kampf gegen ihre Blutsauger. Es ist nun eine eigenartige naturwissenschaftliche Beobachtung, daß ein gesunder Organismus wenig oder gar nicht von diesen schmarotzenden Elementen belästigt wird, weil er sich ihrer leicht erwehren kann, aber überall, wo sich etwas Krankhaftes, Schwächliches zeigt, nisten sie sich ein und mästen sich von den ungesunden Säften. In faulenden Wunden und stinkenden Eiterbeulen frißt sich das widrige Geschmeiß fest, und wo es Unrat verspürt, da baut es sein ekles Nest. Deshalb ist der Schmarotzer auch das erbärmlichste, verachtete Wesen unter allen, und der Gesunde blickt mit Abscheu auf sein Treiben.

Auch in dem sozialen Organismus, in dem menschlichen Zusammenleben und Zusammenarbeiten, macht sich das Schmarotzertum unliebsam bemerkbar. Wohl keine Menschengruppe ist frei von diesem Gesindel, aber dort tritt es am unverschämtesten und frechsten zutage, wo es verfaulte Zustände entdeckt, wo es Modergeruch wittert. Und da darf es uns denn nicht wundern, daß gerade in der kapitalistischen Gesellschaft das Schmarotzertum sich breitmacht. Wer möchte es leugnen, daß der Kapitalismus gleich einem

morschen Baume oder einem kranken Körper zahlreichen Elementen Unterschlupf und Niststätte bietet, die, anstatt die eigenen Hände zu regen, wie Bluteigel und Wanzen sich von fremdem Blute nähren. Dieses Schmarotzen empfindet ein vom modernen Sozialismus berührter Mensch als das schlimmste Schuldkonto des Kapitalismus.

Ohne Zweifel gibt es unter den Schmarotzerpflanzen, die in den Eiterbeulen und faulenden Wunden des Kapitalismus ihr Unwesen treiben, zahlreiche Spielarten, und es dürfte einen Soziologen wohl reizen, einmal ihre Naturgeschichte zu schreiben. Heute aber wollen wir uns eine besondere, aber vielleicht die widerlichste Art herausgreifen und unseren Lesern vorführen. Es sind dies jene Menschen, die ihrer Klassenlage nach dem Proletariat angehören, sich aber aus Schlechtigkeit oder Spekulation zu Soldknechten der Kapitalisten entwürdigen. Diese Leute, die zu faul oder zu feige sind, um ihre Kräfte anzuspannen und sich im Verein mit ihren Klassengenossen eine bessere Zukunft zu erkämpfen, erblicken ihren Vorteil darin, sich mit Leib und Seele dem Kapitalismus zu verschreiben und in teuflischer Bosheit die grünen Hoffnungssaaten ihrer Arbeitsbrüder zu zertreten.

Unsere Leser kennen dies charakterlose Gesindel, das in allen Farben schillert, das wie Aasvögel aus jedem Kehrichthaufen seine Nahrung pikt. Gegen diese Menschengattung richtet sich, wie gegen keine andere, der Ekel, der Haß und die Verachtung der kämpfenden Proletarier. Daraus erklären sich auch die ununterbrochenen Reibungen und Kämpfe zwischen ehrlichen Arbeitern und diesen Schmarotzerpflanzen.

Bei Gelegenheit der Reichstagswahlbewegung zeigten sich diese Helden wieder einmal in ihrer ganzen Glorie. Während die denkende, vorwärtsstrebende Arbeiterschaft sich rüstete, um der Sozialdemokratie zum Siege zu verhelfen — und wie herrlich ist dieser Sieg ausgefallen! —, mühten sich die Arbeiter ab, für das Ausbeutertum die Bahn freizumachen. Als Schuhputzer der Kapitalisten suchten sie ihre Stärke darin, der Sozialdemokratie Eselsfußtritte zu versetzen. In einem der Flugblätter, das diese Hyänen des Schlachtfeldes mit kapitalistischem Gelde in die Welt gesetzt haben, bestreiten sie zunächst, daß die Sozialdemokratie überhaupt eine Arbeiterpartei sei. »In Deutschland insgesamt sind es mindestens ein und eine halbe Million nationalgesinnter Arbeiter, die sich gegen die drei Millionen sozialdemokratischer Stimmen bewußt und absichtlich zur eigenen Vertretung ihrer Interessen in den verschiedensten Vereinigungen organisiert haben. Auch die rund drei Millionen sozialdemokratischer Reichstagswähler sind keineswegs nur Arbeiterstimmen, noch weniger aber überzeugte Sozialdemokraten. Eine riesengroße Anzahl sozialdemokratischer Wähler bilden (außer den Mitläufern) aber auch diejenigen vom Arbeiterstande abhängigen oder ihm angehörigen Elemente, die zwar gegen ihre Überzeugung stimmen, aber aus Furcht vor wirtschaftlichen

Schädigungen nicht gegen den sozialdemokratischen Strom schwimmen können. Aus den dargelegten Verhältnissen ist daher die weitverbreitete Ansicht grundfalsch, daß die Arbeiterschaft geschlossen hinter der Sozialdemokratie stehe oder daß die Sozialdemokratie die Partei der Arbeiter sei, oder auch nur, daß sie die Interessen der Arbeiterschaft wirksam vertrete. Nichts törichter als diese Meinung! Die deutsche Arbeiterschaft verwarft sich zum großen Teil entschieden dagegen, mit der Sozialdemokratie in einen Topf geworfen zu werden. Die 1½ Millionen organisierter nationalgesinnter Arbeiter vertreten nicht den Klassenkampfstandpunkt!«

Es gehört schon eine ziemliche Portion Frechheit und Verlogenheit dazu, um die Behauptung aufzustellen, daß die sozialdemokratische Stimmenzahl bei der geheimen Stimmenabgabe durch wirtschaftlichen Druck zustande komme. Jeder Kenner weiß, daß dieser Druck ganz anderswo ausgeübt wird, auf den ostelbischen Rittergütern z. B. und überall dort, wo eine rückständige, abhängige Arbeiterschaft einem rücksichtslosen Ausbeutertum gegenübersteht. Aber der arme Tropf, der sich mit seinen Gesinnungsgenossen krampfhaft dagegen verwahrt, Sozialdemokrat zu sein, hat den Schmerz erleben müssen, daß die verhaßte Partei eine Zunahme von 1 Million Stimmen zu verzeichnen hat und auf 4½ Millionen angewachsen ist. Und wenn er den Umstand, daß mehrere sozialdemokratische Führer nicht aus dem eigentlichen Arbeiterstande hervorgegangen sind, gegen die Sozialdemokratie ausspielt, so verschweigt er geflissentlich, daß das kämpfende Proletariat sich seine Führer immer mehr selbst heranzieht.

Sodann wendet sich das Flugblatt gegen die »Anmaßungen und Lügen der Sozialdemokratie, die die Arbeiterinteressen geradezu mit Füßen tritt. Als Partei der Freiheit provoziert sie geradezu Ausnahmegesetze gegen die Arbeiterschaft, übt sie schändlichsten Gewissenszwang und schmachlichste Knechtung durch Schikanen, wirtschaftliche Drohungen usw. Als Partei der Gleichheit übt sie mit ihren vergötterten Parteigrößen einen geradezu widerlichen Personenkultus, und zahlt vielen reichen Parteiführern große Gehälter, während manch armer Parteigenosse in gutmüthiger Leichtgläubigkeit seine letzten Groschen opfert. Die Partei der Brüderlichkeit macht dem Arbeiterstande eine friedliche Verständigung mit den anderen Ständen des deutschen Volkes unmöglich. Sie verhetzt die Arbeiter, ohne infolge ihrer stets verneinenden Haltung zur Hebung des Arbeiterstandes durch ihre politische Organisation etwas beitragen zu können. Vor allen aber ist es das Verhalten der Sozialdemokratie in der sozialen Frage, das sie als eine direkt arbeitserfeindliche Partei charakterisiert. Nicht die Heilung sozialer Schäden, sondern die Aufreizung der Massen zur Unzufriedenheit ist ihr Ziel.« Auch die undeutsche, antinationale Gesinnung wird der Sozialdemokratie zum Vorwurf gemacht. Sie wolle das Vaterland wehrlos machen und den Feinden ausliefern.

Für einen Kenner hat dies sinnlose, verlogene Geschwätz keine Bedeutung, denn er weiß ganz genau, was damit bezweckt werden soll. Die Hintermänner des Flugblattes wollen sich bei ihren Aushältern in empfehlende Erinnerung bringen. Darum produzieren sie sich als nationalgesinnte, zufriedene, kapitalistenfromme Arbeiter und winseln geradezu um die Huld des Scharfmachertums. Auch ihnen gegenüber könnte man mit dem biederen Mecklenburger Onkel Bräsig das Volkslied zitieren: »Nadtigall, ich seh dich laufen, aus dem Bählein willst du saufen!« Sie wollen schmartzern, diese erbärmlichen Kerle, und darum bewirten sie ihre eigenen Klassen-genossen mit Schmutz. Während das kämpfende Proletariat im Vertrauen auf seine Kraft sich ein menschenwürdiges Dasein zu erringen strebt, suchen jene Leute im trüben zu fischen, während das klassenbewußte Proletariat auf Gnade und Wohlthaten verzichtet und sein gutes Recht fordert, hoffen jene durch Schmeicheln und Betteln persönliche Vorteile zu erlangen.

Haben wir da wohl Unrecht, wenn wir sagen: »Unter allen kapitalistischen Schmartzern ist diese Spielart die allererbärmlichste« und wenn wir diese Schmartzern aus der Arbeiterklasse am schärfsten befehlen? Es gibt fürwahr nichts, das so traurig und gleichzeitig so ekelhaft wäre, als der Anblick von Proletariern, die um einen Judaslohn ihre Brüder verraten. Und wenn sich diese Leute noch obendrein als Helden aufspielen, so ist es Pflicht, ihnen die heuchlerische Maske vom Gesicht zu reißen und sie in ihrer wahren Gestalt zu zeigen.

-e.

Rundschau.



Der Buchdruckerverband im Jahre 1911. Nach dem soeben erschienenen Rechenschaftsbericht des Verbandes der deutschen Buchdrucker für das Jahr 1911 hat diese finanziell bestgestellte deutsche Gewerkschaft ein bewegtes Jahr hinter sich; fiel doch in dieses die nach fünf Jahren fällige Tarifrevision, die sich diesmal etwas schwieriger gestaltete. Von außen erwachsen der Tarifgemeinschaft im Buchdruckgewerbe manche Feinde. In Wort und Schrift wird sie von Vertretern der Arbeitgeberverbände beföhelt und auch im Lager der Buchdruckereibesitzer tauchen Strömungen auf, die dahin drängen, bei künftigen Tarifrevisionen weitere Zugeständnisse an die Gehilfen nicht mehr zu machen. Der Guttenbergbund, eine Gehilfenorganisation, die im Gewerbe völlig einflußlos ist, bemüht sich, als Tarifkontrahent zugelassen zu werden; er setzt seine organisatorische Ohnmacht in denunziatorische Bekämpfung des Verbandes um und sucht diesem in der Tarifgemeinschaft Schwierigkeiten zu bereiten. Neben diesen Einflüssen von außen war es die starke Einführung der Setzmaschine und die Vervollkommnung der Druckmaschine, die den Prinzipalen Veranlassung gaben, Abänderungen des Tarifes einschneidender Art zu beantragen. Dagegen mußten die Gehilfenvertreter unter dem Druck einer abnormen Teuerung aller Lebensbedürfnisse auf wesentliche Zugeständnisse in der Entlohnung dringen. Trotz dieser komplizierten Situation gelang es, in fast vierzehnjährigen Verhandlungen zu einer friedlichen Verständigung zu kommen. Nach dem Abschluß der Tarifrevision machte sich unter den Verbandsmitgliedern verschiedentlich eine Opposition bemerkbar, die in Berlin zu einem kurzen Konflikt in einigen Zeitungsdruckereien führte, weil die Maschinensetzer einige Verschlechterungen ihrer Arbeitsbedingungen bei der Tarifrevision mit in Kauf nehmen sollten. Doch auch dieser Streit wurde durch die Tarifinstanzen beigelegt. Die Durchführung des Tarifes machte weitere tüchtige Fortschritte. Mitte des Jahres 1911 war der Tarif bei 7559 Firmen 64031 Gehilfen in 2158 Orten eingeführt. Wenn man berücksichtigt, daß im Jahre 1897 — dem Jahre nach der Einführung der Tarifgemeinschaft — der Tarif bei 1631 Firmen mit 18340 Gehilfen an 469 Orten eingeführt war, so erkennt man daran die starke Einbürgerung des Tarifgedankens im Buchdruckergewerbe. Die Entwicklung des Verbandes war befriedigend. Die Mitgliederzahl stieg von 61924 auf 64793. Der Buchdruckerverband dürfte in ein Stadium gelangt sein, wo der Zufluß an Mitgliedern nur noch von Ausgelehrten zu erwarten ist, da alle anderen Organisationsfähigen des Gewerbes sich ihm angeschlossen haben. Der Vermögensbestand hat die 9 Millionen Mark nahezu erreicht. Doch hat der Verband aus dieser effektiv gewiß sehr hohen Summe große Verbindlichkeiten den Mitgliedern gegenüber einzulösen. Die Invalidenunterstützung stellt hohe Anforderungen an die Zentralkasse, die Zahl der unterstützungsberechtigten Invaliden beträgt annähernd 900, und die letzte Generalversammlung beschloß, für diesen Unterstützungs-

zweig allein 5 Millionen zu reservieren. Die Zahl der Invaliden steigt von Jahr zu Jahr, und 334518 Mk. mußten an sie jährlich an Unterstützung gezahlt werden. Die größte Anzahl der Invaliden, nämlich 156, befand sich im Alter über 70 Jahre, 123 waren 65 bis 70 Jahre alt, 112 zählten 60 bis 65 Jahre, 108 befanden sich im Alter von 55 bis 60 Jahre und so abwärts bis zu 22 Invaliden, die bis zu 30 Jahren zählten. Die Verbandskasse nahm an Beiträgen 3368738 Mk. ein, aus Zinsen aus angelegtem Kapital allein 309016 Mk. Verausgabte wurden neben der hohen Summe für Invalidenunterstützung 977420 Mk. für Krankenunterstützung, 920612 Mk. für Arbeitslosenunterstützung. Die Einnahmen beziffern sich auf 3704623 Mk., die Ausgaben auf 2913526 Mk., so daß die Vermögenszunahme 791097 Mk. betrug.

Eine Steindrucksdrehpresse für 400 000 Mark gedenkt nach der »Zeitschrift« das Generallandamt der Vereinigten Staaten vorbehaltlich der Zustimmung des Kongresses anzuschaffen, um auf ihr die großen Landkarten herzustellen, die alljährlich von den Kongreßmitgliedern verteilt werden. Die Presse soll diese Karten in sechs Farben drucken und imstande sein, einen auf Leinwand aufgeklebten Boden in der Größe von 63x84 Zoll mit einer Geschwindigkeit von 1000 Exemplaren in der Stunde zu drucken. Nach erteilter Zustimmung des Kongresses wird es ein volles Jahr dauern, bis die Presse in Betrieb gesetzt werden kann.

Otto Vollrath, ein ausgezeichnete graphischer Künstler, ist am 31. Mai in seiner Vaterstadt Saalfeld im Alter von 56 Jahren an Herzschlag gestorben. Er erlernte nach seiner Schulentlassung in Leipzig die Xylographie und war langjähriger Mitarbeiter der »Illustrierten Zeitung«. Als die Illustrations-Xylographie mehr und mehr durch die photo-mechanischen Verfahren verdrängt wurde, wandte sich dieser Meister der Holzschneidekunst der Tiermalerei zu. Seine ausgezeichneten Jagdbilder fanden stets auf den Kunstausstellungen in München, wo Vollrath seit Jahren lebte, den größten Beifall.

Arbeitswilligenschutz. Gelegentlich einer Auseinandersetzung mit dem Berliner Professor Bernhard, der Ende März dieses Jahres in einer Versammlung des Vereins deutscher Eisenhüttenleute einen sehr scharfmacherischen Vortrag gehalten und für den besonderen Arbeitswilligenschutz eine Lanze gebrochen hatte, veröffentlichte der Münchener Professor Lujo Brentano mehrere Zurückweisungen in denen einer sich dieser hervorragende Nationalökonom gegen das Verbot des Streikpostenstehens und den verschärften Arbeitswilligenschutz mit folgenden trefflichen Ausführungen wandte: »Ich finde es mit meinen Vorstellungen von Recht und Billigkeit nicht vereinbar, daß man streikenden Arbeitern selbst die Möglichkeit friedlicher Verständigung ihrer Arbeitsgenossen durch ein Verbot des Streikpostenstehens entziehen will, solange sich mächtige Arbeitgeberverbände, unbehelligt von jeder Polizei, des raffinierten und fadellos funktionierenden Mittels der schwarzen Listen und des Telegraphs, Telefons und der Post zur Brotlosmachung arbeitswilliger Menschen bedienen können. Ich werde auch niemals eine Justiz begreifen, welche Handlungen mit schweren Strafen ahndet, die, wenn sie bei anderer Gelegenheit, als aus Anlaß einer Arbeitseinstellung oder Aussperrung, oder zu anderem Zweck als dem der Förderung einer Koalition begangen werden, straflos sind, die, wenn es gelegentlich vorgekommen ist, einem Streikenden, der einem vom Unternehmer vom Bahnhof persönlich abgeholtten Arbeitswilligen zurief: »Da wird ein Bär geführt!« zwei Wochen Streikbrechers als »Nichtraucher« mit Freiheitsstrafen ahndet. Angesichts solcher und zahlreicher ähnlicher Urteile erscheint die Aufforderung zur kraftvollen Anwendung des bestehenden Ausnahmeverdictes besonders verwerflich.« Natürlich wird Professor Brentano wegen seiner verständigen Auffassung über den Arbeitswilligenschutz von den Scharfmachern ebenso geschmäht, wie sie den Professor Bernhard dankbar an die Brust drücken. Daß letzterer vor gar nicht allzu langer Zeit ganz konträre Ansichten vertrat und z. B. in einer früheren Rede die Wohlfahrtsvereine bezeichnet hatte, haben ihm die Scharfmacher nun vergessen und gnädigst verziehen. — Übrigens haben die Vorstände von elf gelben Werkvereinen in Augsburg Herrn Professor Brentano wegen Beleidigung verklagt. Letztere erblickten die Gelben in der bekannten Rede »Das ewige Problem der Arbeitswilligen«, die Professor Brentano im März d. J. in Anwesenheit des Prinzen Ludwig im sozialpolitischen Verein in München gehalten hat. Vornehmlich fühlen sich die Gelben beleidigt durch den Satz: »Arbeiter, die bereit sind, an Stelle der Streikenden zu treten, sind solche, die jeden Gemeingefühls und der Standesehre bar, ihren momentanen Vorteil verfolgen.« Der Prozeß wird voraussichtlich Gelegenheit geben, das arbeiterschädigende Treiben der Macher der Augsburger Gelben zu beleuchten.

Die chemischen Farbenfabriken vormals Friedrich Bayer & Co. in Leverkusen, die vielen Kollegen bekannt sein werden, bestreiten seit Jahren den Arbeitern das Koalitionsrecht. Im Jahre 1910 wechselten von 4300 Arbeitern 3035 die Arbeitsstelle, weil die Arbeits- und Lohnverhältnisse äußerst ungünstig sind. Neuerdings sind sich nun der Verband der Fabrikarbeiter Deutsch-

lands abermals genötigt, die Gewerkschaftspresse darum zu ersuchen, auf das fortgesetzte unsoziale Verhalten der genannten Firma gegenüber ihren Arbeitern aufmerksam zu machen. Wer trotzdem Arbeit in diesem Betriebe zu nehmen gedenkt, tut gut, sich vorher an den Geschäftsleiter des Fabrikarbeiterverbandes Wilhelm Pfaff in Wiesdorf a. Rh., Kurtekottenstr. 6, um Auskunfterteilung zu wenden.

Boycott über die »Deutschland«-Fahrräder der Fahrradwerke von August Stukenbruk in Einbeck ist von den organisierten Arbeitern beschlossen worden. Die Firma ist auch noch an den »Lyra«-Fahrradwerken in Prenzlau und an den Fahrradwerken Hans Hartman, A.-G., in Eisenach (»Superior«) stark beteiligt, und diese Marken sollen ebenso wie die »Deutschland«-Fahrräder behandelt werden. Der Boycott wurde verhängt, weil die Firma, als der Transportarbeiterverband eine Lohnforderung einreichte, zunächst jede Verhandlung mit der Organisation ablehnte. Jeder Arbeiter wurde aber außerdem im Kontor aufgefordert, aus der Organisation auszutreten oder den Betrieb zu verlassen. Der Geschäftsführer erklärte weiter: »Die Arbeiter und die Organisation können machen, was sie wollen, wir sind gerüstet — wir wollen den Kampf! Wir sind noch Herren im Hause und wollen uns das auch nicht nehmen lassen.« In drei Fällen waren übrigens die Leiter der Organisation bereits gemäßregelt. Bei einem solchen protzigen Verhalten ist es kein Wunder, daß die Arbeiterschaft zu dem Mittel des Boycotts gegriffen hat und wir sind überzeugt, daß dieser überall auch auf das strengste befolgt werden wird!

Soziale Monatsschau.



Berlin, den 10. Juni 1912.

Deutscher Bund der Naturheilvereine. Jahresversammlung des Verbandes der Betriebskrankenkassen. Der erste pensionierte Offizier als Ortskrankenkassenrendant. Hungerstreik in einer deutschen Lungenheilstätte.

In unserer vorigen Monatsschau berichteten wir über den Kongreß der Arbeitersundheitsvereine, der am 20. und 21. April auf Veranlassung des Verbandes der Vereine für Volksgesundheit stattfand. Er nahm bekanntlich Stellung gegen den »Deutschen Bund der Vereine für naturgemäße Lebens- und Heilweise. Dieser hat inzwischen am 1. Pfingstfeiertage in Frankfurt a. M. seine 10. Versammlung abgehalten, an der fast 200 Delegierte aus den Naturheilvereinen aller Gauen Deutschlands, Österreichs und der Schweiz teilnahmen. Paul Schirmeister gab in großen Zügen ein Bild der Bewegung. Er wies nach, daß sie seit der letzten Bundesversammlung vor drei Jahren in ihrer Mitgliederzahl von 134000 auf 149000 gewachsen sei, daß sich das Vermögen der Vereine des Bundes von 184542 Mk. auf 236545 Mk., also in 3 Jahren um 52000 Mk. vermehrt habe. Ihre sozialhygienischen Einrichtungen haben in gleicher Weise zugenommen. So bestehen jetzt Luftbäder 326, Schrebergartenanlagen 122 mit ungefähr 7600 Einzelgärten, Spielplätze 96. Die Werte, welche in den Badeeinrichtungen, in den Büchereien des Bundes vereinigt sind, belaufen sich auf über 6 Millionen Mark. Angesichts dieser Entwicklung und dieser Zahlen wird wohl der Verband der Vereine für Volksgesundheit mit seinen 11 000 Mitgliedern und seinem Kassenbestand von nur 800 Mark noch sehr lange zu tun haben, um gegen seinen älteren, fast 14 mal größeren und finanziell starken Rivalen auch nur einigermaßen zur Geltung zu kommen.

Neben dieser sozialpolitischen Tagung fand seit dem Abschluß der vorigen Monatsschau noch eine andere derartige Zusammenkunft statt, die das Interesse der Arbeiterschaft beansprucht, und zwar die diesjährige Hauptversammlung des Verbandes deutscher Betriebskrankenkassen vom 20. Mai in München. Nach dem Geschäftsbericht umfaßt der Verband zurzeit 2705 Kassen mit zusammen etwa 2,2 Millionen versicherten Personen. Nach den neuesten Verlautbarungen scheint es, als ob die Krankenversicherung nach der Reichsversicherungsordnung am 1. Januar 1914 in vollem Umfange in Kraft treten werde. Die amtlichen Bekanntmachungen hierzu ständen noch aus. Über die Frage der Grenzen der staatlichen Zwangsversicherung sprach sich der Berichterstatter dahin aus, daß das Deutsche Reich diese Grenzen im allgemeinen erreicht habe. So sehr die Zwangsversicherung in ihren angemessenen Schranken Vorteile bewirke, in gleichem Maße wirke sie schädlich bei Überschreiten dieses Maßes. (!) Auch die Frage der Belastung der heimischen Volkswirtschaft falle bei der Zwangsversicherung erheblich in die Wagsschale. Die Grenzen der staatlichen Zwangsversicherung kämen aber nicht für den Versicherungsgedanken als solchen in Betracht. Die weitergehende Fürsorge müsse jedoch durch freiwillige Versicherungen geschehen, mehr oder minder gefördert vom Staat, von Gemeinden und Arbeitgebern. — Diese Ausführungen offenbaren den Charakter dieser Kassenart, in der die Unternehmer das Heft in den Händen haben, während der Einfluß der Arbeiter fast ganz bedeutungslos ist, zur Genüge. — Besonders eingehend wurden dann die neuesten Vorgänge in der von dem Leipziger Verbands geleiteten Ärztebewegung behandelt. Der Gesetzgeber habe mit guten Gründen die Grundforderungen des Leipziger Verbandes, namentlich die gesetzliche Einführung der freien Arztwahl bei der Reichsversicherungsordnung abgelehnt. Der letzte Arzttag habe deshalb erklärt,

daß nunmehr diese Forderungen von der Koalition durch die Mittel der Selbsthilfe verwirklicht werden würden. Am 18. Februar hätte die Arztekoalition Beschlüsse gefaßt, wonach zur Durchsetzung der Forderungen die örtlichen Arzteorganisationen gleichzeitig, geschlossen, gleichmäßig und einheitlich vorgehen sollen, was trotz aller Gegenrede den ärztlichen Generalstreik bei den Krankenkassen bedeute. Die Krankenkassen könnten die Grundforderungen des Leipziger Verbandes nicht anerkennen aus Selbstachtung und in Wahrung ihres Bestandes. — In bezug auf das Verhältnis der Krankenkassen zu den Apothekern wurde erklärt, daß der staatliche Zwangsabbau und die amtlichen Handverkaufssteuern nach der Reichsversicherungsordnung den Krankenkassen in vollem Maße gerecht werden müßten. Die Apotheker seien nicht gesonnen, den Krankenkassen entgegenzukommen. Die Apotheker hätten ihre Monopolstellung für den wesentlichen Teil des Arzneiverbrauchs der Kassen noch durch besondere Koalitionsverträge befestigt, die ein Entgegenkommen bei hohen Vertragsstrafen ausschließen. — Im weiteren Verlaufe wurden die Ergebnisse der letzten Jahresrechnung und der Haushaltsplan für das laufende Jahr mitgeteilt. Vorstand und Ausschuß des Verbandes wurden mit den durch besondere Verhältnisse bedingten Änderungen wiedergewählt. Es folgte dann noch ein eingehender Vortrag über »Organisation des Versicherungsamts, seine Aufgaben und das Verfahren vor ihm«, in dem eine Reihe wichtiger Mitteilungen über diese neue große Einrichtung gegeben wurde. — Die Voraussage der Gegner der Reichsversicherungsordnung, daß das Selbstverwaltungsrecht der Krankenkassen zur Schaffung von Sinekuren für pensionierte Offiziere geopfert worden sei, scheint schneller, als man nur denken konnte, in Erfüllung zu gehen. Dafür ist folgender Vorfall ein drastischer Beweis. In der Ortskrankenkasse zu Bochum, in deren Vorstand die christlichen Gewerkschafter dank einem zu ihren Gunsten raffiniert ausgeklügelten Gruppenwahlrecht die sämtlichen Arbeitervertreter stellen, ist es zu einem Konflikt zwischen den Arbeiter- und den Unternehmervertretern gekommen. Es handelt sich um die Wahl eines Rentanten. Die christlichen Gewerkschafter wollen einen der Ihren unterbringen (wenn anders das tun, so üben sie Terrorismus gegen Andersgesinnte), während die Unternehmer — die bei der letzten Vertreterwahl von den Christen übel mitgenommen, sogar als verkappte Sozialdemokraten bezeichnet worden sind, weil sie nicht nach der christlichen Pfeife tanzen wollten — ihren Mann unter Dach und Fach bringen möchten. Dieser Mann ist der Oberleutnant und Bezirkskommandeur Meyer in Bochum; ein alter Herr, dem nachgerühmt wird, daß er »Gelegenheit genommen hat, sich bei der Aufsichtsbehörde einige Zeit mit der Materie vertraut zu machen. Und das läßt darauf schließen, daß der Vorschlag, diesen Bezirkskommandeur zum Rentanten zu machen, von der Aufsichtsbehörde — direkt oder indirekt — ausgegangen ist. Da nun die Christen für ihren Kandidaten gestimmt haben, die Unternehmervertreter für den Bezirkskommandeur, also eine Einigung nicht zustande gekommen ist, so hat nach der Reichsversicherungsordnung, die mit Hilfe der Zentrumskristen geschaffen wurde, um die Krankenkassen von den »sozialdemokratischen Terroristen« zu befreien, die Aufsichtsbehörde zu entscheiden. Wie diese Entscheidung ausfallen wird, kann nicht zweifelhaft sein. Besonders pikant ist dabei der Umstand, daß es eine in christlichen Händen befindliche Kasse ist, die als erste mit den Ruten gezüchtigt wird, die das Zentrum binden half!

Von sonstigen Vorkommnissen auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung hat der Chronist diesmal einen Hungerstreik zu verbuchen, der in einer deutschen Lungenheilstätte ausgebrochen war. Er wurde hervorgerufen durch Besuchseinschränkungen, die die Verwaltung der Lungenheilstätte Beelitz bei Berlin wegen angeblich vorgekommener Unsittlichkeiten anordnete, brach am 29. Mai aus und etwa 500 Patienten beteiligten sich an ihm. Sie lehnten jede Aufnahme von Nahrung ab und ließen die ihnen gereichten Mahlzeiten unberührt stehen. Nach dem Brief eines Patienten wurde die Verordnung, wonach junge Mädchen, Bräute und Schwestern bei den männlichen und junge Männer bei den weiblichen Patienten keinen Zutritt mehr haben sollten, damit begründet, daß sich einige Personen nicht beherrschen konnten. Demgegenüber erklärten die Männer in ihrer großen Mehrheit, daß sie sich unter keinen Umständen auf ein so tiefes moralisches Niveau setzen lassen würden und zu Repressalien schreien würden. Der Hungerstreik war die Folge davon. Er dauerte jedoch nur einen Tag und endete ganz ergebnislos.

Machtansprüche der Herrenmenschen.

II.

Die kapitalistischen Herrenmenschen und Scharfmacher, die durch einen immer engeren Zusammenschluß ihre Machtansprüche und unberechtigten Vorteile ständig erweitern, sprechen von den Kämpfen der Arbeiter als von »wirtschaftlichen Störungen und Klassenkämpfen«, die lediglich aus böser Absicht erfolgten. Sie bestreiten, daß eine wirtschaft-

liche und soziale Notwendigkeit für die Kämpfe der Arbeiter vorliegt, um ihren brutalen Machtmitteln und Maßnahmen den Schein der Berechtigung zu geben. Als ihnen im Reichstage gesagt wurde, daß sie die Arbeiter zwar nicht verhungern, wohl aber hungern ließen, da entrüsteten sie sich ob dieser »Übertreibungen und Entstellungen«. Und doch brechen immer neue und ausgedehnte Kämpfe zwischen Kapital und Arbeit aus, obwohl sich den kämpfenden Arbeitern immer größere Schwierigkeiten entgegenstellen! Das ist nicht böser Wille, sondern soziale Notwendigkeit, die von den kapitalistischen Machthabern und Ausbeutern verschuldet ist.

Die Herrenmenschen leugnen diese soziale Notwendigkeit glattweg, weil sie von ihren unberechtigten Vorteilen, die ihnen ihre wirtschaftliche und soziale Vormachtstellung gewährleistet, nicht das geringste fahren lassen wollen. Und weil sie das nicht wollen, deshalb verstehen sie es auch, die durchgeführten Lohnerhöhungen spurlos an ihren eigenen wohlgefüllten Taschen vorbeigehen zu lassen. So berichtete in jüngster Zeit ein bürgerliches Blatt über interessante Mitteilungen, die in der Generalversammlung der Aktiengesellschaft für Glasindustrie vormals Fr. Siemens von der Verwaltung gemacht worden waren. Die Verwaltung teilte nämlich auf Befragen mit, daß die erhöhten Lohnforderungen der Glasarbeiter durch die Preiserhöhungen völlig (!) ausgeglichen werden. Und dabei hatte die nämliche Generalversammlung die sofort zahlbare Dividende von 14 Prozent beschlossen! Herr Dr. Tille, der so beweglich über die »Vorteilerpressung« der Arbeiter klagt, wird hierin nichts außergewöhnliches oder gar unsittliches finden. Stimmen doch die Kapitalisten hierin überein; und wo die Macht ist, da ist auch das Recht!

Gleichwohl verhalten sich die Kapitalisten und Scharfmacher durchaus ablehnend den Arbeiterforderungen gegenüber. Ihr Herrenstandpunkt vertritt es einfach nicht, daß die Arbeiter überhaupt Forderungen stellen. Der Arbeiter soll in Knechtschaft und Abhängigkeit erhalten bleiben, das erfordert die Existenz der kapitalistischen Gesellschaft, das erfordert darum auch die kapitalistische Moral. Und je mächtiger sich die in starken Organisationen zusammengeschlossenen Unternehmer fühlen, umso mehr leisten sie auch in der Brückierung der organisierten Arbeiterschaft.

Hierzu kommt noch, daß die industriellen Scharfmacher das Wachstum der Arbeiterorganisationen mit wachsamem Auge verfolgen. Und angesichts der steten Fortschritte, die in der Ausdehnung wie auch in der inneren Festigung der Arbeiterbewegung zu verzeichnen sind, müßten die Scharfmacher und Herrenmenschen zu der Einsicht kommen, daß es den organisierten Arbeitern in steigendem Maße gelingen werde, ihre soziale Lage zu heben. Auch sind sich die Unternehmer darüber klar, daß sie nicht durch eine fortgesetzte Abwälzung ihrer sozialen Pflichten die Konsumenten und die öffentliche Meinung gegen sich einnehmen dürfen. Sie kennen deshalb in der Brückierung der Arbeiter keine Grenzen. Wie weit die Machtansprüche der kapitalistischen Herrenmenschen zur Aufrechterhaltung ihrer Parasitenexistenz und ihrer unberechtigten Vorteile neuerdings reichen, davon gibt ein Entwurf über »Allgemeine Vorschriften des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustriellen«, der einer Ausschußsitzung des Gesamtverbandes vom Februar 1912 vorgelegen hat, Aufschluß. Er besagt über Forderungen der Arbeitnehmer oder ihrer Organisationen, die grundsätzlich abzulehnen und mit allen Mitteln zu bekämpfen sind, folgendes:

a) Die völlige oder teilweise Freigabe von Werktagen zu sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Demonstrationen (Malfeler, Wahlrechtsdemonstrationen usw.). Arbeiter, die sich an solchen Demonstrationen beteiligen, sind mindestens drei Tage auszusperrten. Als Malfeler gilt nicht die Arbeitsruhe am 1. Mai, wenn die Freigabe dieses Tages auf Ortsgebrauch oder altem Herkommen beruht. Die Entscheidung hierüber hat der Vorstand des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustriellen nach Anhörung des zuständigen Bezirksverbandes zu treffen.

b) Die Forderung auf Abschluß von Tarifverträgen. Tarifverträge sind Vereinbarungen, welche zwischen einem Arbeitgeber, einer Gruppe von Arbeitgebern oder einer Arbeitgeberorganisation einerseits und einem Teil oder der Gesamtleistungsgesellschaft oder der Arbeitnehmerorganisation andererseits für einen bestimmten Zeitraum abgeschlossen werden, und welche ohne Rücksicht auf die Leistungen nach Alter oder Dienstzeit abgestufte Lohnsätze enthalten.

c) Die Forderung auf Vereinbarung von Mindestlöhnen, insoweit solche nicht schon vorliegen.

d) Die Forderung auf Abschaffung der Akkordarbeit.

e) Die Forderung auf Bezahlung nicht geleisteter Arbeitszeit.

f) Die Forderung auf Abschaffung des Arbeitsnachweises der Arbeitgeber oder auf Einführung des paritätischen, das heißt von den Arbeitgebern und Arbeitnehmern gemeinsam verwalteten Nachweises.

g) Die Forderung auf Entlassung oder Nichteinstellung Arbeitswilliger oder sonstiger den Belegschaften nicht genehmen Arbeiter, Vorarbeiter und Betriebsbeamten.

h) Die Forderung auf Wiedereinstellung der vom Arbeitgeber aus berechtigtem Grunde entlassenen Arbeitnehmer.

i) Die Forderung auf unangemessene Verkürzung der Arbeitszeit.

Der hochinteressante Entwurf enthält weitere Vorschriften über die Regelung der Verhandlungsfrage, wonach nicht mit der Arbeiterorganisation verhandelt werden darf; über den Abschluß des Arbeitsvertrags; über die Aufnahme der Streik- und Aussperrungsklausel in die Lieferungsverträge; über den Arbeitsnachweis, der nur noch in den Händen der Unternehmer liegen soll; über das Inserieren nach Arbeitern, wonach unter anderem verboten ist, in den Inseraten hohe Löhne zu versprechen, »da ein solches Verfahren nur zu Lohntreibereien und Differenzen führt«; über die Heranbildung von Lehrlingen, die zu fördern ist; über die Abschaffung der Kündigungsfristen; über die Gesamtaussperrung, die »ohne weiteres eintreten soll, wenn einschließlich der Streikenden 50000 Arbeitnehmer gleichzeitig acht Wochen lang auf Grund eines einheitlichen Vorgehens ausgesperrt sind«; über die Normalarbeitsordnung.

Aus alledem müssen die organisierten Arbeiter außerordentlich weittragende und wichtige Schlüsse ziehen, denn auch der Entwurf der Metallindustriellen enthält ja die für alle Unternehmerorganisationen maßgebenden Richtlinien. Vor allem bestätigt der Entwurf die Erfahrungen der neuerlichen Kämpfe zwischen Kapital und Arbeit, daß nämlich ohne harte und langwierige Kämpfe auch die geringsten Arbeiterforderungen nicht verwirklicht werden können. Diese Erkenntnis in Verbindung mit den Praktiken und Bestimmungen der koalitierten Unternehmer über die Gesamtaussperrungen rechtfertigt die Taktik der an bedeutenden Kämpfen beteiligten Gewerkschaften, den Kampf lieber mit geringen Erfolgen auf voller Höhe abzugeben, sobald es sich zeigt, daß der Ausgang des Kampfes infolge des einseitigen Eingreifens der Behörden zugunsten der Unternehmer, infolge massenhaften und zunehmenden Streikbruchs und anderer bestimmender Umstände nicht mehr zweifelhaft sein kann. Dann aber mit frischen Kräften an der Stärkung der Organisation gearbeitet, damit zu einem neuen und wichtigen Schlage gegen die Ausbeuter und Unterdrücker ausgeholt werden kann. Nicht mehr sprunghaft geht es vorwärts im Kampf um Menschenrechte. Jeder kleine Fortschritt um des Fußes Breite muß unter schweren Opfern erkämpft und erobert werden. Fühbar wird für jeden die Sklavenskette und der erpresserische Druck der kapitalistischen Herrenmenschen. Aber die organisierten Arbeiter werden zu wirklichen Kämpfern geschult, die den Machtansprüchen der Herrenmenschen unbeugsamen Widerstand entgegenzusetzen, bis das Ziel erreicht ist. *fp.*

Mehr Würdigung der gewerkschaftlichen Arbeit.

In Nr. 13 des »Korrespondenzblattes« der General-Kommission ersahen unter der vorstehenden Überschrift ein vortrefflicher Artikel aus der Feder des Genossen, August Winnig, Redakteur vom »Grundstein«, dem Organ des Bauarbeiterverbandes. Die ausgezeichneten Ausführungen verdienen die ernsteste Beachtung auch in unsern Kolonnenzeilen. Wir übernehmen sie daher in die »Gr. Pr.« in der Zuversicht, daß sie dazu beitragen werden, die Meinungen zu klären und einer gerechten Würdigung der Gewerkschaftsarbeit die Hindernisse aus dem Wege zu räumen. *Die Redaktion.*

Die deutsche Gewerkschaftsbewegung steht gegenwärtig vor zwei Problemen, deren ursächlicher Zusammenhang nicht zu verkennen ist. Beide schließen Aufgaben in sich, deren Lösung für den einen Verband dringlicher erscheinen mag als für den andern, die aber nichtsdestoweniger eine Sache der gewerkschaftlichen Allgemeinheit, wenn nicht Sache der gesamten Arbeiterbewegung ist.

Das erste dieser Probleme braucht hier nur angedeutet zu werden: es umfaßt die Aufgabe, der zunehmenden Zentralisation der Kämpfe um die Arbeitsbedingungen mit unsern Kampfkräften zu folgen. Es ist ja längst nicht mehr nur das Buchdruckgewerbe, das von der Zentralisation erfaßt und beherrscht ist, es geht in dieser Hinsicht unaufhaltsam vorwärts; und in kürzerer Zeit als wir alle vielleicht heute glauben, wird für alle Gewerbe die Stunde geschlagen haben, wo die Auseinandersetzungen mit den Unternehmerverbänden auf zentraler Grundlage vor sich gehen werden. Es mag in diesem Zusammenhange die Andeutung genügen, daß diese Entwicklung zur Zentralisation für uns leicht einen bedrohlichen Charakter annehmen kann, wenn wir ihr nicht mit unsern Rüstungen folgen, wenn wir uns allzu beharrlich auf den Standpunkt stellen, daß man die Dinge an sich herankommen lassen müsse.

Doch Hand in Hand hiermit geht ein andres Problem, und das stellt die Frage: *Wie ist bei den Lohnbewegungen zentraler Natur die taktische Geschlossenheit der Organisation in allen Stadien des Kampfes zu erhalten und zu sichern?* Diese Frage ist an sich nicht neu, sie war eigentlich schon in den Anfängen der Bewegung vorhanden; aber sie hatte damals in jedem Einzelfalle nur eine örtliche Bedeutung. Drohte der unbefriedigende Ausgang einer Bewegung die Organisation zu sprengen, so konnte das Übel nur örtliche Wirkungen haben, weil ja die Ursache — der unbefriedigende Ausgang der Bewegung — nur an dem

betreffenden Orte vorhanden war, meistens nicht über ihn hinaus auf die Gesamtorganisation wirken konnte. Aber je weiter die Zentralisation der Kämpfe fortschreitet, um so mehr nehmen die Konflikte dieser Art einen die Gesamtorganisation bedrohenden Charakter an.

In den Bewegungen zentraler Natur steht uns die Unternehmerorganisation als ein einheitlich handelndes Ganzes gegenüber. Liegt ein Ergebnis vor es sei durch Verhandlungen oder durch Kampf herbeigeführt —, so wird es als Ganzes behandelt, d. h. es muß von beiden Parteien auf der ganzen Linie akzeptiert oder verworfen werden. Will man das Ergebnis akzeptieren, so müssen sich ihm auch die Orte unterwerfen, deren Wünsche nicht oder nicht ausreichend berücksichtigt worden sind. Die Weigerung eines einzigen Ortes kann, wenn der Ort nicht geradezu bedeutungslos ist, das Ganze in Frage stellen. Auf diesem Grund ist ja auch die Erörterung erwachsen, die unter dem odiosen Titel »Massen und Führer« bekannt geworden ist. Obwohl jene Erörterungen und die in ihnen agierenden Personen manchen abfälligen Glossar über sich ergehen lassen mußten, waren sie doch durchaus am Platz. Aber damit ist nicht gesagt, daß man mit ihren Ergebnissen zufrieden sein könne. Darf man überhaupt von einem Ergebnis dieser Debatten reden, so nur im Hinblick auf den Vorschlag, für große Entscheidungen, die Lebensfragen der Organisation betreffen, besondere Körperschaften (Beiräte, Mitgliederausschüsse usw.) zu schaffen. Danach bedürfte es also nur einiger Paragraphen, um die ganze Aufgabe zu lösen.

Wenn die Sache so einfach wäre, daß sie mit Paragraphen gemeistert werden könnte, so wären wir bald fertig. Aber so einfach ist sie doch nun nicht! Was nützt in einer so schweren Situation, wie sie, um ein Beispiel anzuführen, kürzlich für den Verband der Buchdruckereihilfsarbeiter bestand, ein sogenannter Beirat oder ein Mitgliederausschuß? Was nützen ihre Beschlüsse, wenn die Mitgliedschaft eines großen Organisationsortes über das Ergebnis einer Bewegung so empört ist, daß sie auf jede beruhigende und belehrende Einsprache nur mit heftigerem Widerstande reagiert? Wenn die Leidenschaft des Augenblicks nicht nur die reaktiven Beiräte, sondern die ganze Organisation an die Seite schiebt? Wir konnten beim Abbruch des Bauarbeiterkampfes im Jahre 1910 sogar die Autorität eines Verbandstags für das Ergebnis in die Waagschale werfen, und zwar für ein Ergebnis, das doch wahrlich nicht schlecht war, und doch schlug die Empörung so lichterloh empor, daß die ganze Frucht dieses großen Kampfes zwei Wochen lang stark gefährdet und der Bestand mehrerer unserer besten Vereine stark erschüttert erschien. In solchen Zeiten höchster Erregung sind statutarische Bindungen sehr leicht zerrissen. Sie mögen zur Stärkung des Vertrauens der Mitgliedschaften beitragen und in weniger kritischen Zeiten gute Dienste leisten, aber als eine Lösung der hier bezeichneten Aufgabe können sie nicht gelten.

Die große Bedeutung der Sache erfordert und rechtfertigt es, die Wurzel des Übels aufzudecken. Denken wir an all die schweren Krisen, die nun bald jede größere Gewerkschaft heimgesucht haben; denken wir der tiefgehenden Vermittlungen und inneren Kämpfe, die fast immer die Folgen dieser Krisen waren und so manche Kraft lärmten und absorbierten, die sonst der Vervollkommnung der Organisation hätte gewidmet werden können. Es genügt nicht, das Übel zu bekämpfen, wenn es da ist, sondern wir müssen versuchen, ihm von vornherein den Boden zu entziehen. Sein Boden aber ist eine weitverbreitete Verkennung des Wesens der gewerkschaftlichen Arbeit! Das erscheint auf den ersten Blick vielleicht etwas zu viel gesagt, aber es ist doch so; denn sonst ließen sich jene Erscheinungen überhaupt nicht natürlich erklären.

Aber kann es denn auch anders sein? Betrachten wir doch unser Organisationswesen, wie es ist. Es ist vielleicht eher zu niedrig als zu hoch geschätzt, wenn man annimmt, daß ein Drittel unserer Mitglieder nicht länger als fünf Jahre organisiert ist. Von diesen Mitgliedern kann man schlechterdings die Einsicht in all jene Fragen nicht verlangen. Wie viel von allen Mitgliedern aber unterziehen sich der Mühe eines regelmäßigen Versammlungsbesuchs? Nach meinen Erfahrungen würde man zu viel sagen, wenn man ihre Zahl auf ein Viertel der Gesamtheit schätzte. Das Gros der Mitglieder kommt nur bei wichtigen Anlässen in Bewegung; bei den Entscheidungen über Ergebnisse der Lohnbewegung, wo gerade die Teile, denen das Organisationsgetriebe am meisten fremd ist, die meisten Opponenten stellen. Viel größer als der Kreis der Versammlungsbesucher dürfte auch der Leserkreis der Gewerkschaftspresse nicht sein. Das entzieht sich zwar jeder sicheren Schätzung, aber meine Beobachtungen bestimmen mich zu dieser Annahme. Es ist also gar nicht statthaft, die Vertrautheit der großen Zahl der Gewerkschaftsmitglieder mit den grundlegenden Fragen der gewerkschaftlichen Arbeit vorauszusetzen.

Man könnte allerdings auf die politische Arbeiterpresse verweisen. Aber wie steht es damit? Sie hat jetzt zweifellos einen guten gewerkschaftlichen Nachrichtendienst und öffnet auch zumeist ihre Spalten für Artikel und Notizen, die auf die

Unterstützung der im Einzelfall eingeschlagenen Taktik berednet sind. In dieser Hinsicht muß man der politischen Arbeiterpresse uneingeschränkte Anerkennung zollen. Aber in den, wenn man so sagen darf, grundsätzlichen Fragen der Gewerkschaftsbewegung scheidet die politische Arbeiterpresse entweder aus, oder sie behandelt sie von einem Standpunkte, der mit den realen Bedürfnissen unserer Bewegung nicht zu vereinbaren ist und dem wir darum häufig zu widersprechen gezwungen sind.

Ich habe bisher noch keinen Versuch gesehen, die so sehr bedeutsame Entwicklung des Tarifvertragswesens vom Standpunkte der sozialistischen Theorie zu würdigen, obwohl doch gerade hier Elemente einer neuen sozialen Ordnung auftauchen, die nach einer Durchleuchtung geradezu schreien. In den uns Gewerkschafter stark bewegenden Diskussionen über »Massen und Führer« beobachtete man mit wenigen rühmlichen Ausnahmen entweder eine kühle Passivität, oder man benutzte die Gelegenheit zu einer bequemen Stimmungsmache. Man könnte der Beispiele noch mehr aufzählen, die uns dartun, daß wir auf uns allein angewiesen sind, wenn wir die Gewerkschaftsmitglieder zu der im Hinblick auf die Zentralisation der Kämpfe doppelt und dreifach notwendigen Einfügung in die Ordnung des Organisationsganzen erziehen wollen. Aus dem Vorhergesagten ergibt sich aber auch, daß diese Aufgabe eine größere Aktivität aller leitenden Kräfte erheischt, die sich nicht auf die wenigen Wochen der kritischen Periode beschränken darf, die uns vielmehr fort und fort auf dem Platze finden muß.

Und was die Hauptsache ist: Unse ganze Aufklärungs- und Agitationsarbeit muß von der Absicht beherrscht sein, um Verständnis für die Bedingungen des gewerkschaftlichen Kampfes zu werben und eine objektive Würdigung seiner Ergebnisse zu gewährleisten, damit die Organisationen nicht gerade dann versagen, wenn von ihrer Festigkeit nicht weniger als alles abhängt.

Nun würde man aber doch fehlgehen, wenn man glaubte daß jene Verkennung des gewerkschaftlichen Wesens, in der ich die Ursachen der zerrüttenden Disziplinosigkeiten sehe, nur bei den Gewerkschaftsmitgliedern zu suchen wäre, die erst seit kurzer Zeit organisiert sind oder die im gewöhnlichen Laufe der Dinge abseits vom Organisationsleben stehen. Jeder Praktiker weiß, daß die Träger und Führer jener Disziplinbrüche nicht selten solche Mitglieder sind, bei denen beides nicht zutrifft, die vielmehr eine langjährige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung hinter sich haben. Man muß schon weiter ausholen, wenn man hierfür eine Erklärung finden will.

In der Arbeiterbewegung, soweit sie vom Geiste des Klassenkampfes beherrscht wird, vollzieht sich seit Jahren eine geistige Umwandlung. Wenn man früher, im Begeisterungsrausch des ersten Erkennens, das natürliche Ziel der Arbeiterbewegung, die Aufhebung der Klassenherrschaft, in kurzer Zeit, vielleicht durch eine gewaltige Kraftentfaltung zu erreichen glaube, so erkennt man nun, und zwar in um so größerem Maß, als man die gegnerischen Kräfte in ihrer festen Realität unmittelbar vor sich sieht und sich mit dem Widerstand abmüht, den sie uns entgegensetzen, daß die Erreichung jenes Ziels nur das Ergebnis einer Entwicklung sein kann, die sowohl durch unser tätiges Wirken wie durch das Prinzip des ökonomischen Fortschritts in der Gesellschaft bestimmt wird. Diese geistige Umwandlung geht aber nur sehr langsam vor sich und erfaßt naturgemäß zuerst die Kreise, die in dem ökonomischen Kampf zwischen Kapital und Arbeit eine leitende Tätigkeit ausüben und infolgedessen die Entwicklungslinien dieses Kampfes am ehesten erkennen und geistig verarbeiten. Anderseits zwingt die Festigkeit der sozialen Tatsachen die Organisationen, ihre Einrichtungen und ihre Praxis den realen Verhältnissen anzupassen.

So kommt es, daß diese geistige Umwandlung innerhalb der Arbeiterbewegung weit mehr in den den Notwendigkeiten folgenden Praxis der Organisationen als im Bewußtsein der Organisationsmitglieder zum Ausdruck kommt. In der Praxis bilden wir feste, dauerbare Organisationen, rechnen wir nüchtern auf Jahrzehnte mit der Fortdauer der bestehenden Wirtschaftsordnung; in den Statuten unserer Verbände ist die Steigerung der Unterstützungssätze auf zwanzig Jahre voraus berechnet, in der jetzt in der Bildung begriffenen »Volksfürsorge« rechnen wir mit Menschenaltern. Aber im Bewußtsein sehr großer Mitgliederkreise liegt der große Tag des jüngsten Gerichts und der endgültigen Erlösung sozusagen in der Luft — eine große Massenaktion, und der Klassenstaat liegt am Boden; seine Trümmer aber formen sich sogleich, durch eine ihnen innewohnende Kraft bewegt, zur neuen Gesellschaft zusammen.

Dieser Widerspruch zwischen der Auffassung sehr großer Mitgliederkreise von der Neugestaltung des sozialen Wesens einerseits und der uns durch die tatsächlichen Zustände andererseits aufgenötigten Praxis ist der Grund, auf dem die meisten Konflikte erwachsen.

Selbstverständlich bedarf es dazu eines materiellen Anlasses. Die Mitglieder sehen, daß das Ergebnis der Bewegung ihre Beschwerden nicht be-

seitigt, ihre Ansprüche nicht oder nicht voll erfüllt. Sie hören wohl die Beteuerungen der leitenden Kollegen, daß die Fortführung der Bewegung an diesem Ergebnisse nichts zu ihren Gunsten ändern würde; aber sie glauben dem nicht, weil sich ihr starkes Bedürfnis nach einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen gegen diese Annahme sträubt. Sie vernennen den Rat der leitenden Kollegen, die wertvollen Kräfte der Organisation nicht zwecklos aufs Spiel zu setzen, weil man sie noch anderwärts oder zu anderer Zeit brauche; aber sie lehnen diesen Rat ab, weil er ihnen in Anbetracht ihrer mißlichen Lage ungeduldfertig erscheint. So ist es natürlich das materielle Bedürfnis der Mitglieder, das der Annahme des vorliegenden Ergebnisses widerstrebt, aber — und das ist das Entscheidende — das materielle Bedürfnis wirkt hier als eine durch keine Erwägungen der praktischen Vernunft veredelte, rohe Kraft, die darum gegen sich selbst wütet, die zerstört, statt positive Werte schafft. Die Unzufriedenheit mit dem Gegenwärtigen, dieser alte Wanderstahl der Menschheit, an dem sie Stufe um Stufe erklimmen, muß gelenkt werden durch das vernünftige Abwägen, wie weit die Kräfte reichen, durch die Erkenntnis, daß auch der weiteste Weg aus einzelnen Schritten besteht. Die Vernunft muß verhindern, daß sich die Äußerungen der Unzufriedenheit gegen die eigene Organisation richten, denn sie ist für uns die Quelle aller Kraft.

Wer die Neugestaltung des sozialen Wesens in jenem ideologischen Lichte sieht, kann die gewerkschaftliche Arbeit nicht ihrer vollen Bedeutung entsprechend würdigen. Er sieht in ihr eine Arbeit des Tags für den Tag, die bald durch die große allgemeine Erlösung überflüssig geworden sein wird. Er sieht in ihr nicht das unablässige Schichten von Stein auf Stein, das in seiner Mehrung der Macht des Proletariats die notwendige Vorbedingung der sozialen Umgestaltung ist. Er sieht in der gewerkschaftlichen Organisation lediglich ein Hilfsmittel für die bald überflüssig werdenden Lohnbewegungen, nicht die hohe Schule des Proletariats, in der es sich die Fähigkeiten zur Verwaltung des öffentlichen Wesens aneignet, wo es sich übt in der Betätigung eines edlen Solidarismus, damit gleichsam neue Menschen schaffend, wie sie eine neue Gesellschaft verlangt. Er sieht in dem Vertragswesen nur eine Sicherung gegen den Wortbruch der Unternehmer, die darum überflüssig wird, sobald wir durch die Gunst des Arbeitsmarkts das Heft in den Händen haben. Aber er sieht in ihm nicht die neue Form des Arbeitsvertrags, die den Arbeitsvertrag aus einer Sache der Einzelindividuen zu einer Angelegenheit des organisierten Bewußtseins macht und damit das Prinzip des sozialen Rechts in die Wirklichkeit einführt; er sieht nicht, wie durch die Ausbreitung des Tarifvertragswesens ein großartiger Prozeß der gewerblichen Organisation eingeleitet wird, der die kapitalistische Willkür und Anarchie verdrängt und Zweckbewußtsein und Planmäßigkeit in die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen trägt. Er sieht in der errungenen materiellen Verbesserung nur das Augenblickliche — manchmal auch nur die Unterlagen für einen rednerischen »Nachweis« der Sisyphusarbeit —, aber nicht das Bleibende, das Jahr um Jahr wiederkehrt und die materiellen, intellektuellen und ethischen Kräfte des Proletariats steigert.

Man braucht sich nur die hier zwar in aller Knappheit, aber doch hinreichend deutlich gegenübergestellten Auffassungen vor Augen zu führen, um einzusehen, daß eine Vertiefung unserer gesamten Aufklärungs- und Agitationsarbeit in dem hier skizzierten Sinne bei Ausdauer und Geduld den Erfolg haben müßte, uns die Überwindung der so schwer empfundenen und gefährlichen Übel zu erleichtern. Wobei ich jedoch sogleich bemerke, daß ich durchaus nicht der Meinung bin, alles gesagt zu haben, was zu der von der Redaktion im Jahresrückblick aufgeworfenen Frage zu sagen wäre. Es ist nur ein Versuch, zur Klärung beizutragen — nichts weiter.

Adressen-Änderungen.

2. Nachtrag zum Adressen-Verzeichnis der Auskunftsleiter (siehe Graph. Presse Nr. 16 und 20).

Buchholz i. Sachs.: Fr. Schmidt, Schlettau i. Erzgeb., Schwarzenbergerstr. 160 B.

Darmstadt: Karl Neidl, Sandbergstr. 29.

Freiburg i. Schl.: Karl Hermann, Landeshuterstr. 15.

Hannover-Formstedt: Josef Fischer, Hannover-Linden, Charlottenstr. 24.

Müglitz, Bez. Dresden: Arthur Hennig, Albertstr. 3.

München - Chemigr. und Kupferdr.: S. Adlerstein, Fasaneriestr. 4 II.

Neurode i. Schles.: Aug. Leffler, Viehwegstr. 1.

Posen: Edmund Szymanski, Moklestr. 22, Hs. I.

Belgien:

Chemigr., Licht- u. Kupferdr.: K. F. Warburg, Brüssel, Boulevard Leopold II., 197 II.

Finnland:

Alfred Kahl, Helsingfors, Finnland, Petersgatan 14.

Spanien:

Fr. Torrents, Núm. 238-4º-7a, Calle de Corcego, Barcelona.

Süd-Amerika:

Alex. Ernst, Pernambuco, Brasilien, Rua Bom Jesus 20.



Allgemeines.

Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufs.

Das müde gewordene Ausland.

In seinen Betrachtungen über die geschäftliche Lage des Steindruckgewerbes im Jahre 1911 vergießt das Schutzverbandsblatt auch dicke Tränen über die steigende Abneigung des Auslandes, von uns Waren zu kaufen. Es versteigt sich dabei sogar zu folgendem Erguß:

»Manche großen ausländischen Abnehmer sind der dauernden Beunruhigungen, durch die die rechtzeitige Lieferung der bereits erteilten Aufträge unmöglich gemacht wurde, müde und wollen überhaupt nicht mehr in Deutschland drucken lassen.«

Das Schutzverbandsblatt, das sich die größte Mühe gibt, unsre Unternehmer von der Schuld am Niedergange unsers Gewerbes reinzuwaschen, merkt nicht, daß es mit dieser Auslassung gegen seine Schutzbefohlenen die schwersten Anklagen erhebt.

Uns kann dieses edle Blatt mit seinem Erguß nicht treffen, obwohl es ihn auf uns gemünzt hat. Unsre ganze Verbandstätigkeit war stets darauf gerichtet, in unserm Gewerbe *erträgliche und friedliche* Verhältnisse zu schaffen. Der Schutzverband suchte aber gleich von seinen Anfängen an diese Tätigkeit unsers Verbandes mit allen Mitteln zu durchkreuzen. Daß nicht der Friede, sondern die Unruhe im Gewerbe sein Prinzip ist, das verkündet die Leitung des Schutzverbandes auch klipp und klar in ihrem Einführungsartikel in der ersten Nummer des *Deutschen Steindruckgewerbes*. Sie sagt dort, man habe sich deswegen ein eigenes Blatt schaffen müssen, weil »eine weitere Verbindung mit dem offiziellen Organ des Deutschen Buchdruckervereins wegen *prinzipieller Meinungsverschiedenheiten über die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse* auf die Dauer unmöglich gewesen wäre.« Die Leitung des Schutzverbandes bekennt also hier mit dürren Worten, daß das Prinzip des Deutschen Buchdruckervereins, *sich über die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse mit den Gehilfen friedlich zu verständigen*, ihrem Prinzipie direkt zuwiderlaufe.

Der Schutzverband ist in seinem Handeln auch stets seiner hier angeführten Bekundung treu geblieben: er war immer bemüht, das Gewerbe zu beunruhigen. Lieber ließ er, wie wir bei der letzten großen Aussperrung wieder gesehen haben, »Millionen von Werken« von den Unternehmern »nutzlos verpuffen«, als daß er es zugelassen hätte, daß den Arbeitern ihre bescheidenen und berechtigten Wünsche erfüllt worden wären und der *Friede im Gewerbe* erhalten geblieben wäre. Mit seiner letzten Tarifkomödie setzte der Schutzverband seiner ganzen Beunruhigungspolitik vollends die Krone auf.

Wenn es also wirklich so ist, wie das Schutzverbandsblatt in seiner Jeremiade über die schlechte geschäftliche Lage unsers Gewerbes angibt, daß manche großen ausländischen Abnehmer der *dauernden Beunruhigung* in unserm Berufe müde geworden sind und überhaupt nicht mehr in Deutschland drucken lassen wollen, so trifft die Schuld für die Schädigung des deutschen Steindruckgewerbes wiederum nur die schutzverbänderischen Steindruckereibesitzer.

Unsre Unternehmer lassen es aber mit ihrem Bemühen, unser Gewerbe dauernd zu beunruhigen, nicht genug sein; sie ergreifen auch sonst alle Maßnahmen, die geeignet sind, die Abneigung des Auslandes, unsre Waren zu kaufen, zu steigern. Durch ihre unerhörte Schutzöllneri, ihre Kriegshetze, ihren Chauvinismus und Imperialismus helfen sie mit, *Deutschland in der ganzen Welt unbeliebt zu machen*. Wie sehr unsre Industrie durch dieses Verhalten unsrer Unternehmer geschädigt wird, das zeigen uns schon recht deutlich die Folgen des Marokkorummels. Bei der Besprechung unsrer Geschäfte mit Frankreich sagt das Schutz-

verbandsblatt: »Die Folgen der politischen Schwierigkeiten der letzten Jahre machen sich sehr fühlbar. Sie finden ihren Ausdruck in der Abneigung, deutsche Waren zu kaufen.« Zur Bekräftigung dieser Aufstellung führt es an, einzelne Firmen hätten berichtet, daß ihr Umsatz mit Frankreich auf den 6. Teil gefallen sei.

So wüten unsre Unternehmer gegen das Wohl unsers Gewerbes! Trotz dieses ungemein gewerbeschädigenden Gebarens wagen es aber doch die Sachwalter dieser Leute, uns dafür verantwortlich zu machen, daß jetzt so sehr viele Aufträge ins Ausland wandern.

Wir würden diesen Leuten zu viel Ehre antun, wenn wir uns gegen ihre Verdächtigungen noch mit einem Wort wendeten. Die Albernheit, die sich in diesen Behauptungen offenbart, ist von uns schon genügend gekennzeichnet worden.

Es ist der Gipfel der Unverfrorenheit, daß angesichts dieser Sachlage das Schutzverbandsblatt noch davon fabelt, daß wir uns in kosmopolitischen Schwärmereien ergingen, daß wir »die für die Arbeiter so notwendige Heimatpolitik« hintanstellen.

Das zu sagen, erdreistet sich das Blatt jenes Verbandes, dessen Mitglieder, wie wir gesehen haben, unsre fachgewerblichen Interessen geradezu mit Füßen treten. Dabei können diese Leute noch nicht einmal die Entschuldigung, daß sie sich dessen nicht bewußt wären, durch ihr Tun und Treiben unsrer Gewerbe so arg zu schädigen, für sich geltend zu machen. Es ist nämlich nicht an dem, daß, wie es vielleicht manchem nach unsrer bisherigen Ausführungen erscheinen mag, unsre Unternehmer den Abgang der lithographischen Aufträge nach dem Auslande nur indirekt, aus Torheit unbewußt förderten. Diese Herren tun sich im Gegenteil sogar sehr viel zugute darauf, daß sie die *Abwanderung deutscher Arbeitsgelegenheit ins Ausland absichtlich und mit kühler Berechnung unterstützen*. Mit zynischer Offenheit bekennen unsre Unternehmer, daß sie während der letzten großen Bewegung in unserm Berufe viele Massenaufträge unsrer ausländischen Konkurrenten zum Drucke überwiesen haben. Das Schutzverbandsblatt sagt in seinem Bericht über die Verhandlungen, die zur Beilegung der Bewegung am 10. und 11. Januar 1912 mit unsrer Vertretern geführt worden sind:

»Just ein Zufall wollte es, daß in demselben Augenblicke ein der Prinzipalskommission angehöriger Prinzipal einen Eilbrief erhielt, in dem von einer englischen Steindruckerei mitgeteilt wurde, man könne den deutschen Unternehmern dort schon jetzt 30 Pressen zur Verfügung stellen und garantiere für eine Auflage von 5000.«

Es wird also hier vom Schutzverbandsblatt klipp und klar erklärt, daß unsre Unternehmer während der letzten Bewegung ihre ausländischen Konkurrenten zur Hilfe gezogen haben, um uns *niederzuknüppeln*. Dieses Bekenntnis illustriert prächtig die Behauptung, daß man aus Rücksicht auf die ausländische Konkurrenz unsre bescheidenen Forderungen nicht hätte bewilligen können.

So sieht der Kosmopolitismus aus, für den unsre Schutzverbändler schwärmen!

Es wäre wirklich von Interesse, zu erfahren, wie die Schutzverbändler ihren Kosmopolitismus, der dem unsrer natürlich diametral entgegensteht, mit der »für die Arbeiter so notwendigen Heimatpolitik«, die sie *vornangesetzt* haben wollen, vereinbaren wollen.

Bei diesem Tun unsrer Unternehmer hört sich ihr Gejammer darüber, daß das Ausland müde geworden sei, bei uns überhaupt noch drucken zu lassen, daß zahlreiche Aufträge ins Ausland wanderten, daß die ausländischen Drucker sogar jetzt dazu übergingen, sich auf dem deutschen Markte breit zu machen, gar eigenartig an.

Im Schutzverbande herrschen eben ganz merkwürdige Begriffe über »Kosmopolitismus« und »Heimatpolitik«. Bei den Anschauungen,

denen man in diesen Fragen dort huldigt, wundern wir uns auch gar nicht über die Berichte des Schutzverbandsblattes von den verschiedenen schmerzigen Geschäften, die viele deutsche Unternehmer sonst noch mit unsern ausländischen Konkurrenten betreiben.

Unter »Heimatpolitik« versteht eben der Schutzverband die *Ruinierung des deutschen Lithographiegewerbes*. »Heimatpolitik« ist bei ihm auch gleichbedeutend mit einer Politik der *Niederknüppelung der heimatlichen Arbeiter* mit Hilfe der ausländischen Konkurrenz.

Die Salbaderei des Schutzverbandsblattes über die geschäftliche Lage des deutschen Steindruckgewerbes im Jahre 1911 klingt ja auch mit einem scharfmaderischen Seufzer aus. Es wird vom »Arbeitswilligenschutz« und vom »Terrorismus der Gewerkschaften« geredet und von der Notwendigkeit, daß sich der Gesetzgeber mehr zum »Wohle der Arbeitgeber« und zur Bekämpfung der Bestrebungen der organisierten Arbeiter betätige. Fr. Schtrr.

Die Urheberrechte an Generalstabskarten.

In dem interessanten und lehrreichen Artikel über »Verstaatlichung des kartographischen Gewerbes« in Nr. 22 der Gr. Pr. wurde u. a. darauf hingewiesen, daß neuerdings seitens der kartographischen Abteilung der Landesaufnahme mit großer Schärfe auf die Wahrung des Urheberrechts gesehen wird. Es erscheint deshalb angebracht, einmal die für alle Graphiker wichtige Frage zu erörtern, weshalb Generalstabskarten nicht nachgebildet werden dürfen, obgleich es sich dabei doch um amtliches Material handelt. Denn daß es amtliche Drucksachen gibt, die trotzdem nicht nachdruckfrei sind, ist wenig bekannt. Das beweist auch am besten die Fußnote, die im »Deutschen Steindruckgewerbe« einem diese Frage behandelnden Artikel angefügt wurde und in der zum Ausdruck gebracht wird, daß die Schutzfähigkeit der Generalstabskarten zweifelhaft sei. Das ist jedoch ein großer Irrtum, der sich nur durch eine ungenügende Kenntnis der einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen erklären läßt.

Nach Maßgabe des Gesetzes, betreffend das Urheberrecht an Werken der Literatur und der Tonkunst vom 19. Juni 1901 werden in gleicher Weise wie die Urheber von Werken der Literatur und der Tonkunst auch die Urheber von solchen Werken wissenschaftlicher oder technischer Art, welche nicht ihrem Hauptzwecke nach als Kunstwerke zu betrachten sind, gegen unbefugte Vervielfältigung ihrer Werke geschützt. Das Gesetz schließt sich in dieser Bestimmung im wesentlichen an die Bestimmung des § 43 des früheren Nachdruckgesetzes vom 11. Juni 1870 an, nach welchem die Schutzvorschriften desselben auch Anwendung finden sollen auf geographische, topographische, technische und ähnliche Zeichnungen. Karten, die nicht bloß den Charakter mechanisch gefertigter Arbeiten tragen, insbesondere Karten, die zum amtlichen Gebrauch der Behörden hergestellt werden, sind urheberrechtlich ohne weiteres geschützt. Es besteht daher auch an solchen Karten Urheber- und Verlagsrechtsschutz in der gleichen Weise wie an reinen Schriftwerken; auch die teilweise Vervielfältigung ohne Einwilligung des Berechtigten ist ein Eingriff in fremde Rechte, der schadenersatzpflichtig und evtl. strafbar macht.

Voraussetzung für die Schutzberechtigung ist jedoch auch hier wieder, daß die Karten sich als Erzeugnis einer eigenen geistigen Tätigkeit ihres Urhebers präsentieren. Eine neue und originelle Schöpfung wird ja allerdings bei Landkarten und Stadtplänen in den seltensten Fällen vorliegen. Wenn es sich um die Herausgabe einer neuen Karte handelt von einem Gebiete, über das schon Karten existieren, wird der Herausgeber stets gezwungen sein, die von früheren Kartographen geleistete Arbeit zu berücksichtigen und auf dieser Grundlage weiterzubauen. Wird aber dann unter Benutzung des vorhandenen Materials eine Karte geschaffen, die von den früheren in wesentlichen Punkten abweicht, was durch Vervollständigung oder Ergänzung des Materials oder durch eine bessere Darstellungsweise usw. geschehen kann, so genießt eine derartige neue Schöpfung auch Urheberrechtsschutz.

Die Vervielfältigung derartiger amtlicher Karten wird nicht einmal anderen Behörden gestattet; wenn z. B. eine Stadtverwaltung die Karten der Kgl. Landesaufnahme braucht, so erhält sie nicht die Erlaubnis zur Vervielfältigung derselben, sondern sie kann sie nur zu ermäßigtem Preise kaufen. Allerdings bestimmt § 16 des Urheberrechtsgesetzes vom 19. Juni 1901, daß der Abdruck von zum amtlichen Gebrauch hergestellten amtlichen Schriften zulässig ist und derartige Karten werden ja zum amtlichen Gebrauch hergestellt.

Daraus aber darf trotzdem nicht gefolgert werden, daß der Abdruck solcher Karten nun frei gegeben sei. Das wäre nur dann der Fall, wenn die Karten

nicht auch zugleich käuflich wären, also auch anderen als amtlichen Zwecken zu dienen bestimmt sind. Diese Doppelleigenschaften der betreffenden Karten als amtlicher und privater Verkehrsgegenstand schützen derartige amtliche Publikationen vor der Nachahmung. Bei der Beratung des Gesetzes am 17. Juni 1901 ist seitens des Regierungsvertreters ausdrücklich hervorgehoben worden, daß diejenigen Schriften, die von einer Behörde herausgegeben sind, sich aber wie z. B. wissenschaftliche Werke und Karten nicht lediglich an die Adresse einer Behörde, sondern auch an das Publikum wenden, nach wie vor den Schutz gegen unzulässige Vervielfältigung genießen sollen, falls und insoweit sie überhaupt als schutzfähige Objekte im Sinne des § 1 des Gesetzes vom 19. Juni 1901 angesehen werden können. (Vgl. Sten. Ber. S. 2179.) Nur solche amtlichen Schriften usw. sind für die Vervielfältigung frei gegeben, die dem Publikum nicht zugänglich sind; dasselbe gilt von geographischen und topographischen Karten. Da nun die Karten der Landesaufnahme, wie schon bemerkt, auch dem Publikum zugänglich sind, ist ihre Vervielfältigung ohne Genehmigung nicht gestattet.

Fritz Hansen.

Gautag in Lahr i. B.

Einen gemeinsamen Gautag veranstalteten am 2. Juni die beiden südwestdeutschen Gae VIII und IX, Oberbaden und Unterbaden—Elsaß-Lothringen. Zu gleicher Zeit hatten die Lahrer Kollegen zu einem Gauausflug eingeladen, der sich einer schönen Beteiligung zu erfreuen hatte, indem einzelne Mitgliedschaften nahezu vollständig vertreten waren, und der auch sicherlich dazu beigetragen hat, das Band der Solidarität und Kollegialität unter der Kollegenschaft zu festigen. Aber auch nicht zuletzt dürfte dieser Beweis des Zusammengehörigkeitsgefühls den Lahrer Scharfmachern gezeigt haben, daß Kampfesmut und Überzeugungstreue bei unsren Kollegen vorhanden ist, die selbst ein Lahrer Fabrikantenterrorismus nicht zu brechen vermag. Kollege Richter eröffnete um 10 Uhr den Gautag und widmete den Delegierten herzliche Worte der Begrüßung namens der Lahrer Kollegen. Anwesend waren vom Gau VIII 11 Delegierte und 3 Mitglieder der Gaukommission, vom Gau IX 9 Delegierte und ebenfalls 3 Gauvorstandsmitglieder. Als Vertreter des Hauptvorstandes wohnte Kollege Sillier den Verhandlungen bei. Bei der Bureauwahl wurden die beiden Gauvorsitzenden Richter-Lahr und Wüstner-Karlsruhe als Vorsitzende, sowie Rothweiler-Karlsruhe als Schriftführer gewählt.

Zunächst erstattete Kollege Wüstner den Geschäftsbericht des Gaus IX. Er bezeichnete die Tätigkeit der Gaukommission als eine intensive, wenn auch nicht verkannt werden dürfte, daß die Bearbeitung des Gaus insofern Schwierigkeiten bereitete, als es oft an den finanziellen Mitteln fehlte und dann auch die Führungnahme mit einzelnen Mitgliedschaften infolge deren Zurückhaltung zu wünschen übrig ließ. Als eine Hauptaufgabe betrachtete er der Gauvorstand, die kleineren Mitgliedschaften zu stützen und bei Lohnbewegungen mit einzugreifen. Tarife wurden in Karlsruhe und Mannheim abgeschlossen, die zum Teil über die Vereinbarungen des Schutzverbandes wesentlich hinausgehen. Auch in Metz konnten die Verhältnisse gebessert werden, ebenso in Kaiserslautern und Pforzheim, wo teilweise Arbeitszeitverkürzungen und Bewilligung von Ferien erreicht wurden. Die Statistik habe ergeben, daß die Durchschnittslöhne durchweg gestiegen sind. Zu bedauern sei allerdings, daß einzelne Zahlstellen weder Situationsberichte noch statistische Fragebogen eingeschickt haben. — Den Kassenbericht erstattete Habler-Karlsruhe. Eine Beanstandung fand nicht statt. — In der anschließenden Diskussion wünschte Prinz-Mannheim, daß der Geschäftsbericht den Delegierten vorher schriftlich zugestellt werden soll. Für Karlsruhe habe die Gaukommission ihre ganze Kraft eingesetzt, dagegen Mannheim vernachlässigt. Wenn dort Mißstände vorhanden waren, so war der öftere Wechsel in der Verwaltung schuld. Der in den Schutzverbandsbestimmungen festgesetzte Mindestlohn für Mannheim von 20,50 Mk. sei für die dortigen Verhältnisse viel zu niedrig. Krieg-Karlsruhe bestritt, daß sich Karlsruhe einer besonderen Fürsorge erfreut habe. Zu wünschen sei eine bessere Verständigung zwischen Ortsvorstand und Gauverwaltung. Aust schilderte die Mannheimer Verhältnisse im besonderen und bedauerte ebenfalls den niederen Mindestlohn, der in gar keinem Verhältnis zu den Mannheimer Lebens- und Wohnungsbedingungen stehe. Sillier bedauerte demgegenüber, daß es nicht möglich war, für Mannheim einen höheren Mindestlohn zu erreichen. Es wurde alles getan, was nur irgendwie getan werden konnte. Rothweiler-Karlsruhe betonte gegenüber den Ausführungen des Kollegen Prinz, daß, wenn sich die Zustände in Mannheim jetzt wirklich gebessert haben, dies nicht zuletzt dem Eingreifen der Gauverwaltung zu danken sei. Unsere statistischen Erhebungen sollte man nicht nur auf die Lohnverhältnisse, sondern auch auf die Ermittlung der Lebensverhältnisse der Kollegenschaft ausdehnen. Inbezug auf die Kassenverhältnisse sei eine schärfere und öftere Revision angebracht. Ebenso müßte den kleinen Zahlstellen noch besser unter die Arme

gegriffen werden. Krieg-Karlsruhe unterstützte die Anregung auf den Ausbau der Statistik. Allerdings fehlte oft die nötige Zeit hierzu, wie auch nicht zu verkennen sei, daß infolge der Zurückhaltung vieler Kollegen solche Erhebungen schwierig seien und ein unvollständiges Bild ergeben. Eine Kritik sollte man seitens des Gauvorstandes nicht so tragisch nehmen.

Damit war die Diskussion erschöpft und es folgte nunmehr der Geschäftsbericht des Gaus VIII, den Kollege Richter-Lahr erstattete. Er erörterte zunächst die Gestaltung des Gaus selbst, der im Laufe der letzten Jahre verschiedene Änderungen erfahren habe, indem einzelne Mitgliedschaften abgebrockelt und anderen Bezirken zugeteilt wurden und sprach sodann sein Bedauern darüber aus, daß bezüglich des Antrages der Stuttgarter Kollegen zur Hamburger Generalversammlung auf Anstellung eines Beamten für Württemberg, Baden und Elsaß-Lothringen diese beiden Gauverwaltungen nicht um ihre Meinung gefragt worden seien. Ein Bedürfnis für eine solche Anstellung liege nicht vor. Durch die Einziehung der Gaubeträge durch den Hauptvorstand sei jetzt eine Besserung der Kassenverhältnisse eingetreten. Auch sei das Einvernehmen zwischen Gauvorstand und Mitgliedschaften vorzüglich. Inbezug auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse sind einige Errungenschaften zu verzeichnen, die alle auf friedlichem Wege erreicht wurden. Es hätte noch mehr erreicht werden können, wenn man nicht auf die große allgemeine Bewegung Rücksicht genommen hätte. Weiter schilderte Richter die Bewegung in Lahr mit der Firma Kaufmann. Es sei außerordentlich bezeichnend für die Schutzverbandsleitung, daß sie nicht die Macht habe, die Firma Kaufmann zur Erfüllung der Vereinbarungen zu zwingen. Jedenfalls fehle auch der gute Wille hierzu, um einen Druck auf die Firma auszuüben. Im allgemeinen seien auch in Lahr Fortschritte inbezug auf Verkürzung der Arbeitszeit und Gewährung von Ferien erzielt worden. — Der hierauf folgende Kassenbericht des Kollegen Daier-Lahr wurde unbeanstandet gutgeheißen. — Im Verlaufe der Diskussion schilderte Reiser-Mühlhausen die dortigen Verhältnisse, die er im Vergleich zu andern Städten als gut bezeichnete, insbesondere was die Löhne anbelange. Die Feiertage würden nur an die organisierten Kollegen bezahlt. Zu bedauern sei, daß die Weihnachtssammlung für die Ausgesperrten in verschiedenen Städten so flau betrieben worden sei. Mühlhausen sei hier mit gutem Beispiel vorangegangen, indem sich die dortigen Kollegen sehr opferwillig gezeigt hätten. Kiesling-Sträßburg bedauerte, über keine so guten Arbeitsverhältnisse berichten zu können wie Mühlhausen, wenn auch gegen früher eine Besserung eingetreten sei. Bezüglich der Weihnachtssammlung wäre es besser gewesen, einen Zwangsbeitrag zu erheben. Barall-Offenburg klagte ebenfalls über den geringen Idealismus einzelner Kollegen. Gewöhnlich seien es solche, die sonst den Verband inbezug auf Unterstützungen am meisten in Anspruch nehmen. Der Durchschnittslohn in Offenburg bewege sich zwischen 33 und 34 Mk. Herzog-Waldkirch teilte mit, daß sich die Unternehmer in Waldkirch bereit erklärten, in Verhandlungen über eine Verkürzung der Arbeitszeit einzutreten. Auch oben im Schwarzwald gehe es jetzt vorwärts. Wilhelm-Freiburg berichtete über die dortigen Verhältnisse. Die Kasse mußte eine zeitlang vom Arbeitersekretär verwaltet werden, da es nicht möglich war, einen Kassierer zu erhalten, da diesem infolge der Empfindlichkeit der Hausbesitzer die Wohnung gekündigt wurde. Zu klagen sei über die vielen Beitragsreste. Krieg-Karlsruhe fragte an, ob die Gaukonferenz in München, an der auch die Vertreter der andern süddeutschen Gae teilnahmen, vom Hauptvorstand sanktioniert wurde. Er halte es für verfehlt, solche Sonderbestrebungen zu unterstützen. Sillier: Wenn die einzelnen Gae selbst in der Lage sind, die Kosten der Besichtigung zu bestreiten, so sei gegen die Abhaltung der Konferenz nichts einzuwenden. Anders sei es, wenn der Hauptvorstand Zuschüsse leisten müsse. Der Zweck der Konferenz war, die süddeutschen Kollegen im Sinne der Münchener zu beeinflussen. Der Zweck wurde nicht erreicht und so war es gut, daß infolge der Anwesenheit der Vertreter der andern Gae die Münchener Kollegenschaft über deren Ansichten unterrichtet wurde. Rothweiler-Karlsruhe hielt die Deduktionen Silliers über die Zulässigkeit derartiger Konferenzen für falsch. Die Kosten habe immer, wenn auch indirekt, die Hauptkasse zu decken, indem sie dann den Gaukassen, die durch solche Delegationen geschwächt würden, zur Betreibung der Agitation Zuschüsse leisten müsse. Solche Konferenzen sind im Statut nicht vorgesehen; auch führten sie zu unliebsamen Konsequenzen. Richter-Lahr trat dieser Anschauung entgegen. Die verschiedenen Gauvertreter waren in München nur als Gäste geladen. Krieg-Karlsruhe stimmte dagegen der Auffassung Rothweilers zu. Durch derartige Konferenzen werde der Anarchie im Verbands-Vorschub geleistet. Man sollte diese Gelder zweckdienlicher zur Agitation verwenden. Wüstner-Karlsruhe erklärte, die Konferenz ebenfalls von dem Gesichtspunkt der Eigenbrödelei aufgefaßt zu haben. Ein Antrag Mannheim, daß die Kassen- und Tätigkeitsberichte den Zahlstellen schriftlich zuzustellen sind, wurde von Dienst-Sträßburg näher begründet und sodann mit Mehrheit angenommen.

Es folgt dann die Beratung über die Möglichkeit einer Verschmelzung der beiden Gae VIII und IX. Kollege Richter hatte hierzu das Referat übernommen. Er legte in ausführlicher Weise die verschiedenen Gründe dar, die für und gegen die Verschmelzung sprachen, sowohl vom finanziellen als auch vom taktischen und organisatorischen Standpunkt aus beleuchtet. Die Hauptsache sei, daß die beiden Gae unter gegenseitiger Verständigung und Führungnahme arbeiten, so daß etwas ersprießliches geleistet werden könne. Nach einer reichlichen Aussprache, an der sich die Kollegen Herzog, Reiser, Jehle, Krieg, Aust, Rothweiler und Sillier beteiligten, kam man dahingehend überein, es bei der Aussprache bewenden zu lassen, womit die bisherige Einteilung bestehen bleibt. Dagegen wurde allgemein gewünscht, daß ein Hand in Handarbeiten der beiden Gauverwaltungen für die Zukunft Platz greifen möge.

Über den Arbeitsnachweis im Gau IX berichtete sodann Heßler-Karlsruhe. Er klagte darüber, daß sich die Kollegen nur schwer an die Einrichtung gewöhnen können im Gegensatz zu den Prinzipalen, von denen man sagen könne, daß sie den Arbeitsnachweis weit mehr denn früher in Anspruch nehmen. Weiter erörterte Redner mehrere Mißstände, die sich im Berichtsjahre ergaben, und bemängelte insbesondere, daß bei den Anmeldungen das Spezialfach nicht angegeben werde. Als arbeitslos waren gemeldet 43 Steindrucker und 10 Lithographen, offene Stellen 27, wovon 15 besetzt werden konnten. Gegen das Umschalten müsse noch mehr Front gemacht werden. — Über den Arbeitsnachweis im Gau VIII berichtete Richter-Lahr. Er habe mit dem Nachweis in Karlsruhe in enger Fühlung gestanden, wodurch es ermöglicht wurde, einen Teil der Ausgesperrten unterzubringen. Leider würden die Lahrer Prinzipale den Arbeitsnachweis nicht in Anspruch nehmen, weshalb die Kollegen die offenen Stellen sofort melden sollten, um dann Kollegen hinweisen zu können. — An die beiden Berichte knüpfte sich eine kurze Diskussion, in der die Notwendigkeit des weiteren Ausbaues betont und diesbezügliche Anregungen gegeben wurden.

Über die Agitation unter den Photographen machte sodann Sillier einige einleitende Ausführungen. Er verbreitete sich über den bisherigen Stand der Bewegung und die bisher gemachten Erfahrungen. Es sei sehr schwierig, die Gehilfen für uns zu gewinnen, da sie zum großen Teil einzeln arbeiten. Dies dürfe aber deshalb keine Veranlassung geben, die Werbearbeit einzustellen. Er gab sodann Winke, wie die Agitation betrieben werden soll und forderte dazu auf, energisch für die Verbreitung des Organisationsgedankens unter den Photographen einzutreten. — In der Diskussion berichteten die Kollegen Reiser, Aust, Wilhelm, Richter, Krieg, Teichert und Kiesling über die bisher gemachten Erfahrungen, aus denen hervorgeht, daß teilweise Erfolge zu verzeichnen waren, die allerdings durch Abspaltung wieder teilweise illusorisch gemacht wurden. Auch der hohe Beitrag halte viele Gehilfen ab, sich zu organisieren, da sie ihn bei der geringen Bezahlung ihrer Arbeitsleistung nicht bezahlen könnten. Schließlich wurde der Wunsch zum Ausdruck gebracht, die gegenseitigen Erfahrungen des öftern auszutauschen, um sich diese zu Nutzen machen zu können.

Sodann referierte Kollege Sillier über die allgemeine Streik- und Aussperrbewegung. Er besprach zunächst den Ausgang der Bewegung in Lahr, wo man ihm Vorwürfe darüber gemacht habe, daß bei Kaufmann nur die Hälfte der Kollegen wieder eingestellt worden sei. Wenn man gesagt habe, daß man bei Beendigung der Bewegung die Kollegen so lange nicht hätte anfangen lassen sollen, bis eine Gewähr dafür gegeben worden sei, daß Maßregelungen unterbleiben, so sei das nicht richtig. Es wäre dann sicherlich ein Teil der Kollegen abgefallen und dadurch wäre eine gefährliche Zersplitterung in die Kollegenkreise getragen worden. Hierauf besprach Sillier die allgemeine Lage nach der Aussperrung und erörterte all die Fragen, die mit der Bewegung im Zusammenhang stehen. Jedenfalls ist kein Grund zur Mutlosigkeit vorhanden. Die Organisation stehe ungeschwächt da und werde auch imstande sein, jederzeit ihre Aufgabe voll und ganz zu erfüllen. — Die Ausführungen Silliers wurden mit großem Beifall aufgenommen. In der Diskussion wurde insbesondere betont, daß es jetzt unsere Aufgabe sei, an dem Inneren Ausbau der Organisation zu arbeiten, um die Mitglieder zu zielbewußten Kämpfern durch Aufklärung über die wirtschaftlichen Zusammenhänge zu erziehen und daß wir auch fürderhin bestrebt sind, überall, wo die Möglichkeit gegeben ist, für Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse unsrer Kollegen einzutreten.

Damit war die Tagesordnung erschöpft. Als Vorort des VIII. Gaus wurde wiederum Lahr und für den IX. Gau Karlsruhe bestimmt. Der nächste Gautag soll in Mühlhausen für den VIII. und in Mannheim für den IX. Gau stattfinden. Eine Anregung, jährlich einen Gauausflug stattfinden zu lassen, wurde der Gaukommission zur Beschlusfassung überwiesen.

Die Arbeit des Gautages war damit erledigt. Kollege Richter dankte den Delegierten für ihre Mitwirkung und sprach in seinem Schlußwort den Wunsch aus, daß die Tagung dazu beigetragen haben möge, auch für die Zukunft ersprießliche Arbeit zu leisten. Um 6 Uhr abends konnte hierauf die Gauversammlung geschlossen werden. Die Dele-

gerten fanden sich noch mit den an dem Gau- ausflug teilnehmenden sowie den Lehrer Kollegen zusammen, um gemeinsam einige schöne und fröhliche Stunden im Kreise Gleichgesinnter zu verleben. Erst die letzten Züge, die aus dem Städtchen hinausdampften, ließen die Freude gemüthlichen Zusammenseins mit einem »Auf frohes Wiedersehen« verstummen.

Ortsberichte.

Heddingen. In unsern jungen Zahlstelle »an Hohenzollerns steilem Felsen« sind sich die Kollegen einig, daß die Zustände, die gegenwärtig hier bestehen, einfach nicht menschenwürdig sind. Der Inhaber der hiesigen Firma, Herr Gabel, fühlt sich in seinem Betriebe als unumschränkter Herrscher. Eine von den dort beschäftigten Kollegen gewählte Kommission wurde einfach ignoriert. Nicht genug, daß sowieso keine Viertelstunde vergeht, ohne daß man aufs peinlichste beobachtet wird, macht es sich Herr Gabel in letzter Zeit zur Gewohnheit, sich mit irgend einer Arbeit tagelang in den Druckereiraum zu setzen, um die Beobachterei noch intensiver betreiben zu können. Geht einer an einen gewissen Ort, so überzeugt sich bald der Chef persönlich, wo er »so lange« bleibt. Die Arbeitszeit beträgt noch 9 Stunden 10 Minuten täglich. Wir meinen doch, daß es endlich einmal an der Zeit wäre, auch hier einmal erträgliche Zustände zu schaffen und der in diesem abgelegenen Orte ziemlich großen Willkür des Unternehmers einen Damm zu setzen. Bezeichnend für die hiesigen Zustände ist, daß bei einem Mitgliederbestand von 12 Kollegen im Zeitraum von nicht ganz 2 Jahren über 30 Mann hier eine Gastrolle gegeben haben.

Saalfeld a. S. Eine recht anregende Mitgliederversammlung fand am 3. Juni statt. Das Zirkular der Steindruckzentralkommission wurde eingehend besprochen und dabei nicht verhehlt, daß auch hier noch manches, besonders in punkto Lohn, sehr verbesserungsbedürftig ist. Zur Sprache kamen bei dieser Gelegenheit auch die vielen Klagen, die aus unserer Nachbarstadt Rudolstadt über die dortige Firma August Heinecke mündlich und schriftlich hierher gelangen. Eine Lehrlingszuchterei, besonders im Steindruckgewerbe, ist in dieser Firma, wie sie wohl so leicht nirgends mehr zu finden sein dürfte. Abzüge vom Lohne für Arbeit, die nicht ganz gelungen ist, sind dort an der »Wochenordnung«. Auf Lohn muß auch manchmal noch ¼ Stunden gewartet werden. Aber erst der »feine Ton«, der seitens des Chefs im Munde geführt wird! Knigges »Umgang mit Menschen« müßte ihm in allen nur vorhandenen Ausgaben verehrt und zum gründlichen Studium empfohlen werden. Leider sind manche »alten Leute« diesen Umgangsmanieren mit seinen Stübchen schon so gewöhnt, wie alles andere. Klagen, nichts als Klagen, Bittschriften, nichts als Bittschriften gelangen von Rudolstadt nach Saalfeld und in Rudolstadt ist die Ruhe eines Kirchhofs! — Auch vom Jubiläum eines hiesigen Kollegen wurde an diesem Abend Notiz genommen. Es soll in allhergebrachter Weise noch nachträglich gefeiert werden. Bei den Herren Prinzipalen Schlick & Schmidt Nachfolger scheint die von den Vorgängern schon in den letzten Jahren geübte Vergeßlichkeit gegenüber Jubiläumsmenschen auch mit manchem anderen alten Brauch übernommen worden zu sein. Schlick-Schmidt sind jetzt Rentiers — weil »immer nichts mehr verdient worden ist« — und die Jubiläumsmenschen brauchen ja die »schweren Sorgen« eines Rentiers nicht zu teilen. Diese Versammlung war leidlich gut besucht; besonders sind es, außer den neuen, fast immer dieselben alten Kollegen, welche in die Versammlungen kommen. Bei dem jetzigen Mitgliederbestande — dem höchsten seit Bestehen kollegialer Vereinigungen in Saalfeld — könnte der Versammlungsbesuch immer noch besser sein.

Anstalten beschäftigten Zeichner und Maler. Die ersten beiden Gruppen sind der Zahl nach die größeren. Das Urteil vom Leipziger Landgericht trifft dagegen die letzte Gruppe. Die Anstellungsbedingungen bei den Mode- und Annoncenzeichnern sind grundverschieden; auch richten sie sich keineswegs nach der Art der technischen Dienstleistung. Längere Kündigungsfristen wurden bei den Modezeichnern abgedrossen durch die Angst des Unternehmers vor seinem Konkurrenten, der ihm Zeichner wegenagieren könnte. Bei den Annoncenzeichnern kam es deshalb zu langen Kündigungsfristen, weil sie in großen kaufmännischen Betrieben tätig sind. Die Anstellungsbedingungen der Kaufleute spiegeln sich in den ihren wieder.

Aber schon heute machen sich hier beträchtliche Änderungen bemerkbar. Der Konkurrenzkampf der Unternehmer in der Modebranche hört mehr und mehr auf, an seine Stelle treten Vereinbarungen der Unternehmerorganisationen. Die Ursache der langen Kündigungsverträge fällt fort. Die Zahl der Annoncenzeichner hat sich bedeutend vermehrt. Die Annoncenbureau errichten große Zeichnerateliers. Die Verbindung mit kaufmännischem Personal hört auf. Auch hier macht die Entwicklung mehr und mehr aus dem früheren Angestellten einen Arbeiter. Diese Entwicklung tritt schon heute augenfällig in Erscheinung. Das neue Versicherungsgesetz für Angestellte, das dem Unternehmer auch einige Lasten auferlegt, wird die Entwicklung vom Angestellten zum Arbeiter beträchtlich beschleunigen. Schon heute erklären Berliner Unternehmer, daß sie nach dem Inkrafttreten des Versicherungsgesetzes für Angestellte ihre Zeichner als selbständige Heimarbeiter beschäftigen werden. So wird auch dieses Gesetz von den Unternehmern umgangen wie alle Gesetze. Für die Angestellten werden die Lasten bleiben; die Vorteile werden zunüchtemach gemacht.

Die Scheidung der graphischen Zeichner in Angestellte und Arbeiter wird auch in Zukunft nicht nach ihren technischen Dienstleistungen erfolgen; man wird sich hierbei auch fernerhin von politischen Motiven leiten lassen. Der Begriff »Angestellter« ist ja auch aus rein politischen Gründen gebildet worden. Aber nehmen wir selbst den Begriff »Angestellter« so, wie ihn der § 133 a der Gewerbeordnung aufgefaßt wissen will, dann sind die graphischen Zeichner in ihrer Mehrheit keine Angestellten. Die Tätigkeit des Modezeichners unterscheidet sich von der des Lithographen in nichts. Beim Mode- und Annoncenzeichner ist eine ausgeprägte Spezialisierung der Arbeit durchgeführt. Hier ist längst der Künstler zum Fabrikarbeiter geworden, zu einem Arbeiter, der jahrelang jahraus seine Spezialarbeit mit mechanischer Sicherheit verrichtet. Daß die Zeichner in der Metallschilderindustrie und die Zeichner für technische und tabellarische Zeichnungen höhere technische Dienstleistungen verrichteten, wird wohl auch kein Mensch behaupten wollen.

Jedoch all diese Untersuchungen haben wenig Zweck. Die Frage, ob die graphischen Zeichner Angestellte sind oder nicht, entscheidet die Rechtsprechung nach ihrem Gutdünken.

Aufgabe der Zentralkommission der graphischen Zeichner usw. wird es sein, unverzüglich eine Entscheidung der Rechtsprechung darüber herbeizuführen, ob wir Angestellte im Sinne des Gesetzes sind oder nicht. Auf die Reden einiger Regierungsvertreter ist hier nichts zu geben. Die haben schon oft heut so geredet und morgen das Gegenteil getan.

Die graphischen Zeichner selbst aber danken für die Ehre, als Angestellte behandelt zu werden. Ihren wirtschaftlichen Interessen ist dies in keiner Weise nutzbar. Wir haben schon oben ausgeführt, daß der erste Erfolg des neuen Gesetzes eine große Vermehrung der wilden Zeichner sein wird, die ihre Erzeugnisse um jeden Preis an den Mann zu bringen versuchen.

Und noch eine andere Frage ist in Erwägung zu ziehen. Die graphischen Zeichner kommen aus anderen Berufen. Da aber unser Wirkungskreis sehr beschränkt ist, so sind unsere Kollegen oftmals genötigt, zum ursprünglichen Berufe zurückzukehren oder abermals in einen anderen Beruf überzugehen (Lithographie, Chemigraphie usw.). In all diesen Berufen ist der Zeichner wieder Arbeiter. Wohl ist ihm gestattet, dann auch als Arbeiter freiwilliges Mitglied bei der Angestellten-Versicherung zu bleiben. In der Theorie! In der Wirklichkeit wird er die hohen Beiträge — Kl. E, 1500—2000 Mk. Jahresarbeitsverdienst: 2,22 Mk. pro Woche — nie bezahlen können, also seiner erworbenen Rechte verlustig gehen.

Wir sind also der Meinung, daß die graphischen Zeichner in ihrer Mehrheit nicht dem Versicherungsgesetz für Angestellte unterstehen, da ihre Tätigkeit nicht als eine höhere technische Dienstleistung im Sinne des Gesetzes anzusehen ist. Sie haben aber auch gar kein Interesse, als Angestellte behandelt zu werden, da die Vorteile reichlich durch die Nachteile aufgewogen werden. Die graphischen Zeichner verlangen, daß die Arbeiterversicherungsgesetzgebung so ausgebaut werde, daß aus ihr dem Arbeiter im Notfall auch wirkliche Vorteile zufallen.

E-lein.

Aus den Sektionen.

Dresden (Lithogr.). Die Privatlithographie von Werner & Bader, Kyffhäuserstr. 30, sowie die in der Gründung begriffene Privatlithographie der Herren Schluckwerder, Paxmann & Rump, beides Zwischenmeister-Firmen, führen durch einen Preisdruck, der bisher seinesgleichen sucht, ganz unhaltbare, berufsverderbliche Zustände herbei. Diese Firmen beabsichtigen, Lithographen zu engagieren, die das bisher von der Firma Nenke & Ostermaier mit einem Akkordsatz von 1,20 Mk. festgesetzte Bild für 80 Pf anfertigen sollen! Auf dieser mit rasender Geschwindigkeit abwärts gehenden Bahn muß Halt geboten werden. Die beiden Zwischenmeisterfirmen wurden daher gesperrt. Der Bruch dieser Sperre fällt unter § 6, Abs. 2b und c. Zu beachten ist, daß sich die Sperre nicht gegen die Firma Nenke & Ostermaier richtet. Engagements in die unter eigener Regie der Firma geführte Lithographie können angenommen werden. Voraussetzung dazu ist, daß der Arbeitsvertrag direkt mit der Geschäftsleitung der Firma Nenke & Ostermaier abgeschlossen wird, daß ferner die von der Firma auf 3 Jahre garantierten Lohnverhältnisse — pro Bild 1,20 Mk. unter Zugrundelegung eines festen Wochenlohnes — eingehalten werden, daß außerdem die Versicherungsbeiträge von der Firma bezahlt werden und daß endlich als Vorgesetzte nur die Geschäftsleitung der Firma Nenke & Ostermaier und ihre direkten Angestellten in Frage kommen. In jedem einzelnen Engagementsfalle ist Auskunft im Dresdener Verbandsbureau einzuholen.

Die Tapetenbranche.

Teil für die Interessen der Formstecher, Tapeten-, Linoleum-, Wachs- u. Zeug- und Seiden-Drucker. — Arbeitsnachwieseführer: C. Schubart, Berlin-Lichtenberg, Rittergutsstr. 24.

Eine Frage der Zeit.

Die bevorstehenden Diskussionen über die Neuordnung unserer Abmachungen mit den Unternehmern geben mir Veranlassung, einmal der Frage näher zu treten, ob es nicht zweckdienlich ist, in nächster Zeit eine Konferenz stattfinden zu lassen behufs weiterer eingehender Behandlung aller Vertragspositionen und anderer Angelegenheiten unseres Berufs. Vorausgeschickt muß werden, daß ich mit dieser Anregung keineswegs unsern berufenen Vertretern bei den kommenden Verhandlungen das Vertrauen absprechen will. Nur die Zeit, die Verhältnisse und die praktischen Erfahrungen veranlassen mich, den Kollegen diese Frage vorzulegen und zu empfehlen, sie in den Versammlungen mit zur Diskussion zu stellen. Ich selbst bin zu einer Bejahung der Frage gekommen. Zur Begründung führe ich folgendes an:

Für durchaus falsch halte ich eine öffentliche Diskussion der zur Beratung stehenden Punkte. So angebracht auch eine Klärung der verschiedenen Meinungen wäre, so ist es doch eine verkehrte Taktik, öffentlich, also auch vor den Unternehmern, in gewissen Punkten unsere Pläne und Absichten darzulegen. Die Unternehmer erledigen alles streng vertraulich; wenn wir anders verfahren, schädigen wir uns mehr, wie wir uns nützen.

Im Interesse eines jeden Kollegen liegt es wohl, daß den diesmaligen Abmachungen eine unsern gegenwärtigen Berufsverhältnissen mehr entsprechende, festere Unterlage gegeben wird. Ferner müssen sie auch durch weitere Vertragspunkte ergänzt und vervollständigt werden, die meiner Ansicht nach der vorherigen persönlichen Aussprache zwischen gewählten Vertretern der Kollegschaft dringend bedürfen.

Diese Konferenz müßte natürlich sobald als möglich stattfinden. Der für unsere nächste Branchenkonzferenz in Aussicht genommene Zeitpunkt, die Generalversammlung 1913, kann natürlich nicht in Frage kommen. Eine in Verbindung mit der Generalversammlung stattfindende Konferenz könnte nur noch den Bericht über die Verhandlungen entgegennehmen. Sie würde vor vollendeter Tatsache stehen und die schärfste Kritik könnte an den jedenfalls auf Jahre festgelegten Vereinbarungen doch nichts mehr ändern. Dagegen könnte eine in nächster Zeit stattfindende Konferenz schon Anträge für die Generalversammlung vorbereiten und die Vertreter unserer Branche auf der Generalversammlung mit der Wahrnehmung dieser Anträge betrauen. Ich bin überzeugt, daß unsern Verband durch die Verlegung des Zeitpunktes unsern Konferenz keine nennenswerte finanzielle Mehrbelastung entsteht. Sollte eine solche dennoch eintreten, dann läge sie auf alle Fälle in dem Gesamtinteresse unsern Kollegschaft.

Für empfehlenswert halte ich es, wenn jede Mitgliedschaft zu meinen Anregungen Stellung nimmt und an Hauptvorstand und Zentralkommission diesbezügliche Anträge richtet.

Anmerkung: Letzteres dürfte nicht notwendig sein, da u. W. die Zentralkommission der Formstecher bereits beim Hauptvorstande die Einberufung einer Branchenkonzferenz angeregt und der Hauptvorstand dieser Anregung zugestimmt hat. Die Einberufung wird also zur gegebenen Zeit und selbstverständlich rechtzeitig vor dem Stattfinden der Verhandlungen erfolgen. Die Redaktion.

Der Lithograph.

Teil für die Interessen der Lithographen, Kartographen, graphischen Zeichner u. Maler. Redigiert von Fr. Schnetter, Hannover.

Die graphischen Zeichner und das Versicherungsgesetz für Angestellte.

Der § 133 a der Gewerbeordnung bezeichnet u. a. die Personen, die mit einer »höheren technischen Dienstleistung« betraut sind, als Angestellte. Diese unterstehen dem neuen Versicherungsgesetz für Angestellte. Für uns Zeichner ist nunmehr die Frage zu beantworten, ob unsere Tätigkeit eine »höhere technische Dienstleistung« im Sinne des Gesetzes ist. Bisher stieß man auf diese Frage nur bei den Anstellungsbedingungen. Sie wurde fast überall nach den Wünschen des Unternehmers entschieden. Zwar hat das Landgericht zu Leipzig vor kurzem in einem Falle bekundet, daß die Tätigkeit des graphischen Zeichners eine höhere technische Dienstleistung sei. Damit ist diese Frage aber keineswegs für alle graphischen Zeichner entschieden, da deren Tätigkeit grundverschieden ist.

Die graphischen Zeichner teilen sich in folgende Gruppen: in die Modezeichner, die Annoncen- und Reklamezeichner und die in den lithographischen

Feuilleton.

Spruch.

Laß nie die Kraft, den Willen dir erschaffen,
 Vom Bessern dich zum Besten aufzuerufen!
 Nur wenn dein Geist nach Fortschritt immer geizt,
 Dann lebst du erst; es leben nur, die schaffen.
Schiller.

Vom Büchertisch.

Kosmos, Handweiser für Naturfreunde. IX. Jahrgang, Heft 5. Herausgegeben vom Kosmos, Gesellschaft der Naturfreunde (Geschäftsstelle: Frankh'sche Verlagshandlung, Stuttgart). Jährlich 12 Hefte mit 5 Buchbeigaben 4,80 Mk.

Das Heufieber. Wesen, Behandlung und Heilung von Dr. med. Georg Luda, Prakt. Arzt in Berlin-Schöneberg. 3. Auflage. Medizinischer Verlag Schweizer & Co., Berlin NW. 37, Eyke v. Repkowitzplatz 5. 31 Seiten 8^o. Preis 1,80 Mk.

Eine seltsame Krankheit, deren Wesen man erst in neuerer Zeit auf die Spur gekommen ist, und an der viele leiden, ohne überhaupt ihren Namen zu kennen, ist das sogenannte 'Heufieber', das sich alljährlich mit der Zeit der Gräserblüte bei

vielen Tausenden einzustellen pflegt. Da eine Aufklärung weite Kreise über diese im allgemeinen nicht besonders gefährliche, jedoch außerordentlich lästige Krankheit nur wünschenswert ist und vielen praktisch nützen kann, hat der Berliner Arzt Dr. Luda auf Grund zahlreicher eigener Erfahrungen und unter Berücksichtigung der neuesten Ergebnisse wissenschaftlicher Forschungen dieser Krankheit das vorliegende allgemeinverständlich geschriebene Buch gewidmet, das vielen Leidenden Nutzen stiften wird.

Winke und Ratschläge. Winterprogramm 1912/13. Sechster Jahrgang. Zentralbildungsausschuß der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. 48 Seiten 8^o.

Das neue Winterprogramm des Zentralbildungsausschusses der Sozialdemokratischen Partei behandelt die Organisation der Bildungsarbeit, die wissenschaftlichen Wanderkurse, den Kampf gegen die Schundliteratur, künstlerische Veranstaltungen usw., kurz alles, was zur Förderung der Bildungsarbeit der Arbeiterorganisationen beitragen kann. Es wird auch den Mitgliedschaften der Gewerkschaften mannigfache und wertvolle Anregung gegeben.

Das Gewerkschaftskarteil Halle a. S. im Jahre 1911. Mit anschließendem Bericht über das Arbeiter-Sekretariat sowie Berichten über die Bauarbeiterschuttkommission, Gewerbegerichtsbeisitzer,

Arbeitervertreter, Bildungsausschuß und Zentralbibliothek. Selbstverlag des Arbeiter-Sekretariats Halle a. S. 24 Seiten 8^o.

Die Mitgliederzahl der Gewerkschaften in Halle stieg von 16001 Ende 1910 auf 18042 Ende 1911; darunter befanden sich 1910 78 und 1911 88 Mitglieder unseres Verbandes einschließlich seiner Lehrlingsabteilung. Das Arbeiter-Sekretariat wies 1911 eine Besucherzahl von 10499 auf, darunter 24 Mitglieder unseres Verbandes, und erteilte 10878 Auskünfte.

Osterreichischer Senefelderbund (Zentrale). Tätigkeits-Bericht für das Verwaltungsjahr 1911. Im Selbstverlage des Vereins. 64 Seiten 8^o.

Der Bericht liefert den Beweis, daß unser Bruderverband in Osterreich für die Sache der Kollegenschaft auch im Jahre 1911 rastlos tätig gewesen ist. Über die Ergebnisse dieser Arbeit wurden unsre Kollegen bereits durch den in Nr. 5 der 'Gr. Pr.' erschienenen Artikel 'Unsre österreichischen Bruderverbände im Jahre 1911', den wir dem Zentralorgan der österreichischen Gewerkschaften entnahmen, in großen Zügen unterrichtet. Darüber hinaus enthält der Bericht noch eine aktenmäßige Schilderung der Rolle, die von den tschechischen Separatisten bei der böhmischen Bewegung gespielt wurde, sowie Jahresberichte der einzelnen Ortsgruppen des Bundes.

Chiffre - Inserate

finden im Arbeitsmarkt keine Aufnahme mehr. Die Expedition.

Stellenangebote

Je ein wirklich tüchtiger

Schwarz- und Farbenätzer

zum baldigen Eintritt gesucht. [240] E. Schreiber, G. m. b. H., Stuttgart, Hackstraße 77a.

Fräser

der auch beim Montieren mithelfen muß, per sofort gesucht. Offerte mit Lohnansprüchen an [240] Kunstanstalt A. Krampolek, Wien IV 2.

MESSINGSTECHER

für dauernde Arbeit, auch Sommerarbeit, sucht durch den Arbeitsnachweis Klau & Häntsch, Adlershof-Berlin.

Messingstecher

für dauernde Stellung, sowie ein perfekter Aufzeichner für Linoleum, werden durch den Arbeitsnachweis gesucht. C. Schubert, Berlin-Lichtenberg, Rittergutstraße 24

MESSINGSTECHER

sucht durch den Arbeitsnachweis bei dauernder Beschäftigung, auch im Sommer, zum sofortigen Eintritt. [240] Otto Peters, Formsteherei, Berlin, Kopenhagenerstraße 31.

Stellengesuche

Junger tüchtiger Photograph, in Auto, Strich wie Farben gleich tücht., sucht tarifl. Stell. Eintr. nach Belieb. Carl Weimann, junior, Kempten i. Allgäu, Breite 2 1/2.

Verschiedenes

Das echte Tangierfell in tadelloser Schärfe liefert Leipziger Tangier-Manier, Alexander Grube, Leipzig, Talstr. 40.

Graphische Fachklassen

Buchdruck, Satz, Lithographie, Stein- druck, Photomechanische Verfahren, Entwurf und Werkstatt-Ausbildung. Prospekt frei. Kunstgewerbeschule **Barmen**

Kl. Buchdruckerei- Einrichtungen

(fachmännisch sortiert) ALEXANDER GRUBE, LEIPZIG, Talstraße 40

Fachliteratur.

Der praktische Umdrucker. Von Bernh. Enders, umfaßt das Gesamtgebiet des Umdr. Preis inkl. Porto 85 Pf.
Alois Senefelder und die Erfindung der Lithographie. Von Fritz Hansen. Preis inkl. Porto 50 Pf.
Der Aluminiumdruck (Algraphie). Von K. Weilandt. Preis inkl. Porto 85 Pf.
 Zu beziehen durch: **Conrad Müller, Schkeuditz.**

Lithographen - Diamanten für Hand und Maschine.



- No. 72 Schrift-Diamant m. Naturspitze f. Lithogr., p. Stck M. 4.— 7.— 9.—
 - No. 73 Vierkantig geschliff. Schrift-Diamanten, bes. f. engl. Schrift u. Kupferstecher zu empfehlen, per Stück M. 12.— 14.— 16.— 18.— 20.—
 - No. 74 Scharfundgeschliffener Schrift-Diamant für englische Schrift und Kupferstecher, per Stück M. 14.— 16.— 18.— 20.— 24.—
 - No. 75 Dreikantig geschliff. Maschinendiamant z. Gravieren, p. St. M. 7.— b. 12.—
 - No. 76 Maschinendiamant m. Naturspitze z. Gravieren, p. St. M. 4.— bis 8.—
 - No. 77 Masch.-Diamant, konz. geschliff. f. Asphaltarb., p. St. M. 12.— bis 20.—
 - No. 78 Saphir, konzent. geschliffen f. Asphaltarbeiten p. St. M. 7.— bis 13.—
 - No. 80 Federnder Diamant z. Ziehen v. Punktierlinien, p. St. M. 4.— bis 6.—
 - No. 81 Zirkeldiamant, per Stück M. 3.— bis 4.—
 - Glasschneide - Diamanten**, per Stück M. 3.— 6.— 8.— 10.—
 - Universal-Glasschneidediamanten**, per Stück M. 8.— 10.— 12.— 15.—
- Reparat. sämtl. Diamantwerkzeuge werden prompt u. bill. ausgeführt
Urbanek & Co., Berlin W. 15, Uhland-Straße 52.
 Diamantwerkzeug - Fabrik

„Matt-Lack“. Bester Farbenzusatz gegen Kleben, Hart-, Blankwerden und Aufreißen der Abdrücke, Rinnen d. Farbe. Preis Kilo Mk. 3,50, bei 10 Kilo Mk. 3,—

„Harmalein“. Vorzüglicher weißer Trockentrockenstoff in Paste, kein Herunterwisden der Farben mehr. Auch beim Chromo- und Buntdruck verwendbar, da jede Farbe gut abhebt. Kilo Mk. 3,50.

„Bronsol“. Gibt festsitzende glatte Bronze, auch bei losen, ungeeigneten Papieren. Preis Kilo Mk. 4,—. **Gegen Nachnahme.** Kunden erhalten neuestes Tonschutzrezept gratis. F. Hanke, Hamburg 22, Wohldorferstr. 60. [300]

Karl Rettig's Zinkdruckätze ermöglicht ein tadelloses Drucken von Zink [180] Berlin S. W. 29, Solms - Straße 12.

Fräser

Facettenstähle usw. in bester Ausführung fertigt an, Mechaniker, welcher 12 Jahre an der Routingmaschine beschäftigt war. **Franz Gmeinwieser, München, Herzogstr. 40.** [105]

Verbandsnachrichten

Unserem Kollegen, dem langjährigen Vertrauensmann

Theo van Schaik

begleiten die besten Wünsche in seinem neuen Wirkungskreis

Die Kollegen der Firma **Böhme & Co., Magdeburg.**

Totenliste.

† Am 26. April in Leipzig **Leo Ellrich**, Lithograph aus Königsberg i. Pr., 32 Jahre alt, an Lungenleiden, krank 9 Wochen 5 Tage. — Eingetreten in Berlin am 17. Dezember 1899.

† Am 3. Mai in Mülhausen i. Els. **Lucien Bisch**, Steindrucker aus Reims, Frankreich, 27 Jahre alt, an Lungenleiden, krank 24 Wochen. — Eingetreten in Mülhausen i. Els. am 17. Mai 1908.

† Am 6. Mai in Mainz **Heinrich Brand**, Zinkdrucker aus Mainz, 49 Jahre alt, an Herzleiden, krank 13 Wochen 3 Tage. — Eingetreten in Mainz am 26. Februar 1893.

† Am 12. Mai in Berlin **Paul Hoffmann**, Reproduktions-Photograph aus Berlin, 32 Jahre alt, an Lungenschwindsucht, krank 8 Wochen. — Eingetreten in Bonn a. Rh. am 8. November 1908.

† Am 17. Mai in Berlin **Wilhelm Steinberg**, Steindrucker aus Berlin, 73 Jahre alt, an Herzleiden. Invalide seit 15. Mai 1900. — Eingetreten in Berlin am 1. September 1883.

† Am 17. Mai in Frankfurt a. M. **Richard Foit**, Steindrucker aus Gleiwitz, 30 Jahre alt, an Lungenschwindsucht, krank 52 Wochen — Eingetreten in Kattowitz am 18. Februar 1906.

† Am 22. Mai in Berlin **Albert Thiel**, Lithograph aus Reichen bei Zielenzig, 27 Jahre alt, an Lungenleiden, krank 44 Wochen 1 Tag. — Eingetreten in Brandenburg a. H. am 29. März 1903.

† Am 23. Mai in Barmen **Emil Böttcher**, Lithograph aus Elberfeld, 30 Jahre alt, an Lungenschwindsucht, krank 52 Wochen. — Eingetreten in Lüdenscheid am 17. April 1904.

† Am 26. Mai in Bautzen **Kurt Altmann**, Lithograph aus Bautzen, 21 Jahre alt, an Lungenschwindsucht, krank 52 Wochen. — Eingetreten in Bautzen am 25. April 1909.

† Am 31. Mai in Nürnberg **Ludwig Rothmund**, Steindrucker aus Nürnberg, 31 Jahre alt, an Magen- und Darmleiden, krank 33 Wochen. — Eingetreten in Nürnberg am 12. Mai 1901.

Ehre ihrem Andenken!

Der Hauptvorstand.

Zur gefl. Beachtung! Wir bitten sämtliche Ortsvorstände, uns von jedem Todesfall mit Angabe der Mitgliedsnummer, Art und Dauer der Krankheit usw., unter Beifügung des Mitgliedsbuches und der Sterbe-Urkunde stets sofort Mitteilung zu machen. Wenn der Verstorbene eine unterstützungsberechtigte Witwe hinterläßt, wolle man uns auch gleich deren Personalien (Rufvornamen, Geburtstag und -jahr) mitteilen.
 Der Hauptvorstand.